



Landtag von Baden-Württemberg

81. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Januar 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 12:00 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	4863	2. Aktuelle Debatte – Kurze Beine, lange Wege – Grüne planen Schließung kleiner Grundschulen durch die Hintertür – beantragt von der Fraktion der SPD	4882
Gedenken an den verstorbenen Abgeordneten Dr. Bernhard Lasotta	4863	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	4882, 4892
Eintritt des Abg. Nicolas Fink	4863	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	4883, 4893
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4863, 4894, 4895	Abg. Raimund Haser CDU	4885, 4892
Nachwahl zum Richterwahlausschuss	4864, 4896	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	4887
Nachwahl zum Staatsanwaltswahlausschuss	4864, 4896	Abg. Stephen Brauer FDP/DVP	4888, 4892
1. Regierungsinformation zum Thema „Europa-Leitbild der Landesregierung“ durch Herrn Ministerpräsident Kretschmann		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	4890
und Aussprache	4864	Nächste Sitzung	4893
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	4864	Anlage 1	
Abg. Bernd Gögel AfD	4868	Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4894
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	4870	Anlage 2	
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	4872	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4895
Abg. Andreas Stoch SPD	4874	Anlage 3	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4876	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Minister Guido Wolf	4878	– Nachwahl zum Richterwahlausschuss nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Sascha Binder	
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	4881	– Nachwahl zum Staatsanwaltswahlausschuss nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Sascha Binder	4896

Protokoll

über die 81. Sitzung vom 23. Januar 2019

Beginn: 9:01 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 81. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Herr Abg. Grath, Herr Abg. Hoher, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Dr. Merz, Herr Abg. Sänze sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Außerdem sind Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und Frau Staatsrätin Erler entschuldigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein besonders trauriger Sitzungstag unseres Parlaments. Denn in unserer Mitte fehlt ein Parlamentarier mit Leidenschaft: Dr. Bernhard Lasotta ist tot.

Die Nachricht hat uns tief erschüttert. Am 11. Januar 2019 – nur wenige Tage vor seinem 50. Geburtstag – verstarb unser geschätzter Kollege an einer unheilbaren Krankheit, von der nur sehr wenige wussten. Als Arzt konnte er die Diagnose sicher sehr genau einschätzen. Er wusste, was auf ihn zukam.

Ende Oktober gab er den Vorsitz des CDU-Kreisverbands Heilbronn ab. Den letzten beiden Plenarsitzungen vor Weihnachten konnte er schon nicht mehr beiwohnen.

Bernhard Lasotta wurde mitten aus dem Leben, aus dem Kreis seiner Familie und aus seiner mit großer Leidenschaft betriebenen Parlamentsarbeit gerissen.

Dem Landtag gehörte er seit 2001 an, also bereits in der vierten Wahlperiode. Er war suchtpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Mitglied der Enquetekommission „Demografischer Wandel“, profiliertes Integrationspolitiker, Experte für Justizvollzug und – für einen Mediziner naheliegend – profunder Gesundheitspolitiker. Für seine CDU-Fraktion war er ordentliches Mitglied im Ständigen Ausschuss, im Sozialausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium.

„Ich kümmer’ mich drum“, steht als Motto auf seiner Homepage. Die Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis Neckarsulm belohnten sein Engagement, indem sie Dr. Lasotta mit dem Direktmandat ausstatteten. Auch sie schätzten – wie wir Kolleginnen und Kollegen – seine Geradlinigkeit, seine Offenheit, seine konsequente Haltung in vielen Fragen.

Kollege Lasotta brachte sich ein. Nicht wenige Male übernahm er hier im Hohen Haus die medizinische Erstversorgung. Neben seinem politischen Mandat versah er ärztliche Dienste im Klinikum. Er wollte sich, wie er es selbst begründete, seine „innere und materielle Unabhängigkeit“ bewahren.

Bernhard Lasotta hatte Überzeugungen und kämpfte für sie – ob in Integrationsfragen, in der Entwicklungs- und der Rechtspolitik oder beim Thema DITIB.

Dem Landtag als Kontrollorgan der Exekutive machte der Parlamentarier Lasotta alle Ehre, wie die früheren Minister Rainer Stickleberger oder Reinhold Gall gewiss bezeugen können.

„Konsequent in den großen Linien, dann kann man im Kleinen großzügiger sein“, lautete seine Devise. Es gab den hart in der Sache verhandelnden Abgeordneten Lasotta – und es gab den charmanten, fairen und respektvollen Abgeordneten Lasotta. Wir erinnern uns an sein freundliches Wesen, an sein Lächeln, an seinen Humor.

Ich zitiere: „Das Leben ist zu kurz, als dass man einen Tag dahinauslassen sollte, ohne gelacht zu haben.“ Bernhard Lasotta war nicht nur ein geschätzter, er war ein gemochter Kollege. Er fehlt und wird uns fehlen. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, bei seiner Frau und seinen Kindern, die auf einen wunderbaren Menschen verzichten müssen.

Ich bitte Sie jetzt, sich in Gedanken an Herrn Dr. Bernhard Lasotta und im Mitgefühl für seine Familie und seine Angehörigen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute Trauerbeflaggung angeordnet. Sie wird zum Sonnenuntergang enden. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Anteilnahme in einem Kondolenzbuch, das vor dem Moser-Saal ausgelegt ist, zum Ausdruck zu bringen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir dürfen heute einen neuen Kollegen begrüßen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 14. Dezember 2018 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Nicolas Fink, mit Wirkung vom 1. Januar 2019 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Herrn Wolfgang Drexler angetreten haben.

Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie, lieber Herr Fink, im Landtag herzlich willkommen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vor.
– Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien – Drucksache 16/5473

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. Dezember 2018 – Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Praxis der Promotionsförderung nach dem Landesgraduier-tenförderungsgesetz – Drucksache 16/5476

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

3. Mitteilung der Landesregierung vom 27. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zur Verzichtbarkeit von Formerfordernissen im Landesrecht Baden-Württemberg nach Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften – Drucksache 16/5533

Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD (*Anlage 1*) sowie einen Vorschlag der Fraktion der SPD (*Anlage 2*) für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir kommen nun zu zwei Nachwahlen.

Herr Abg. Sascha Binder hat mit Schreiben vom 15. Januar 2019 gegenüber dem Vorsitzenden des Richterwahlausschusses und des Staatsanwaltswahlausschusses, Herrn Justizminister Guido Wolf, erklärt, dass er zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf die Mitgliedschaft in den beiden Gremien verzichtet. Daher sind für beide Gremien heute Nachwahlen durchzuführen.

Nach den §§ 54 a und 89 a des Landesrichter- und -staatsanwalts-gesetzes sind für den Rest der Amtszeit Nachfolger für den Richterwahlausschuss und für den Staatsanwaltswahlausschuss zu bestimmen.

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der SPD schlägt als künftiges Mitglied des Richterwahlausschusses und des Staatsanwalts-wahlausschusses jeweils Herrn Abg. Dr. Boris Weirauch und als stellvertretendes Mitglied Herrn Abg. Reinhold Gall vor, der bereits in beiden Gremien persönlicher Stellvertreter des Herrn Abg. Binder war. Die Wahlvorschläge liegen als Tischvorlage auf Ihren Plätzen (*Anlage 3*).

Sind Sie damit einverstanden, dass diese Wahlen offen durchgeführt werden? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Wer diesen Wahlvorschlägen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Wahlvorschlägen ist einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation zum Thema „Europa-Leitbild der Landesregierung“ durch Herrn Ministerpräsident Kretschmann

und Aussprache

Ich darf das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann erteilen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zweieinhalb Jahren – sechs Tage nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich – habe ich an dieser Stelle eine Regierungserklärung abgegeben. Die Entscheidung der Britinnen und Briten hatte damals nicht nur die Europäische Union tief erschüttert, sondern auch mich und die meisten von uns hier in diesem Hohen Haus. Die Volksabstimmung machte deutlich: Europa steht am Scheideweg – und das betrifft unser aller Zukunft.

Gerade wir in Baden-Württemberg haben den Satz „Europa ist unsere Zukunft“ tief verinnerlicht. Er ist für uns kein schnell dahergesagter Satz. Er ist die Lehre aus der Vergangenheit, in einem Land, dessen zentrale Lage in Europa über Jahrhunderte Fluch und Bedrohung war. Heute ist sie ein Segen – dank des vereinten, friedlichen Europas.

In diesem Sinn gibt uns die Landesverfassung den Auftrag,

dieses ... Land ... in einem vereinten Europa ... zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen ... aktiv mitzuwirken, ...

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

So steht es in der Verfassung, und es steht dort nicht irgendwo, sondern am Anfang, in der Präambel, dort, wo es um die Kernverpflichtungen geht. Das gibt es in dieser Tiefe in keiner anderen Landesverfassung. Deswegen sage ich: Ja, Europa ist für uns Staatsräson. Daran hängen unsere Freiheit, unser Wohlstand, unser gutes Leben.

Das hat auch die Landespolitik immer wieder betont. Es waren meine Vorgänger, die Baden-Württemberg als Motor definiert haben, der Europa voranbringt: Lothar Späth, Erwin Teufel, Günther Oettinger.

Heute braucht Europa starke Motoren mehr denn je. Denn Bremser gibt es mehr als genug: in Ungarn, in Polen, in Italien und inzwischen auch bei uns – autoritäre Kräfte, die sich ins nationale Schneckenhaus zurückziehen. Diesen Kräften sagen wir mit Klarheit: Wer das vereinte Europa infrage stellt, der stellt sich gegen unsere Verfassung und spielt mit der Zukunft unserer Kinder und Enkel. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner Regierungserklärung vom Juni 2016 habe ich den Brexit als „Weckruf für alle europäischen Demokraten“ bezeichnet. So, wie damals angekündigt, haben wir einen breiten Beteiligungsprozess im Land angestoßen, eine Leitbilddebatte zu Europa, über die ich Sie heute informieren möchte.

Zusammen mit meinem Europaminister Guido Wolf habe ich das Gespräch mit hochrangigen Vertretern gesucht: mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, mit Österreichs Bundespräsident Alexander van der Bellen, mit dem Verfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle und natürlich mit Günther Oettinger, unserem EU-Kommissar aus Baden-Württemberg.

Wir haben eine Expertenkommission eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertretern des Landtags und des Europäischen Parlaments, von Wirtschaft und Gewerkschaften, mit Bischöfen des Landes, mit Kultur- und Medienschaffenden und natürlich mit hochkarätigen Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen. Das Gremium leitete Europaminister Guido Wolf mit Staatssekretär Volker Ratzmann als Stellvertreter.

Aber für uns war auch klar: Wir setzen auf Bürgerbeteiligung, und zwar von Anfang an. Denn Europa darf kein Elitenprojekt sein; sonst wird Europa scheitern. Deshalb haben wir das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Staatsrätin, Gisela Erler, hat im ganzen Land Bürgerdialoge durchgeführt – in Bad Mergentheim, Rastatt, Ravensburg, Tuttlingen, Freiburg und Stuttgart. Dabei haben wir auf sogenannte Zufallsbürger gesetzt, also auf Menschen, die wir nach dem Zufallsprinzip aus den Melderegistern ausgewählt und persönlich zu den Dialogen vor Ort eingeladen haben. Das mag manchen ungewöhnlich anmuten. Aber dieses Verfahren hat einen großen Vorteil: Wir beziehen so nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ ein – um es einmal salopp zu formulieren –, die bekannten und vielfach engagierten Menschen – die wir selbstverständlich auch immer benötigen. Es äußern sich auch die stillen Bürger, die sonst ihre Stimme nicht so oft erheben. Auch sie sollten die Chance haben, ihre Ideen für Europa einzubringen. Wir wollen auch Brücken zu all jenen bauen, die sich sonst oft übersehen fühlen.

So fanden sehr vielfältige Sichtweisen Eingang in unseren Leitbildprozess. Die Ergebnisse des Verfahrens zeigen, wie wichtig und richtig unsere Politik des Gehörtwerdens ist. Ich freue mich deshalb auch ganz besonders, dass heute einige der Bürgerinnen und Bürger, die sich bei den Europadialogen eingebracht haben, hier im Landtag zu Gast sind. Herzlich willkommen! Danke für Ihr Engagement!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Protokolle der Bürgerdialoge füllen Aktenordner. Lassen Sie mich ein paar Eindrücke wiedergeben.

Das Wichtigste gleich zuerst: Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht europamüde. In den engagierten und konstruktiven Diskussionen zeigte sich eine beeindruckend positive Grundstimmung gegenüber der EU, wenngleich durchaus auch Kritik geäußert wurde.

Ganz wichtig: Die Leute haben weniger über die alltäglichen Dinge geredet, sondern vor allem das große Ganze ins Auge gefasst. Viele Bürger wollen ein geschlosseneres und entschlosseneres Auftreten der EU. Da gab es auch ganz konkrete Fragen und Forderungen: Warum haben wir noch keine gemeinsame Sicherheitspolitik? Wir brauchen eine europäische Armee! Wir möchten einen gemeinsamen europäischen Außenminister!

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Menschen wollen ein Europa, das enger zusammenführt und uns eine gemeinsame Stimme gibt. Zugleich soll es eine Balance geben zwischen den Besonderheiten der Regionen und den einheitlichen und verbindlichen Lösungen für alle.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Auch das war ein wichtiger Punkt: Die EU soll nicht überall im Alltag präsent sein. Die Menschen wollen mehr Europa bei den großen, alle verbindenden Fragen. Überraschend ist, dass sie Europa dabei oft mehr zutrauen als der nationalen Ebene. Ihnen ist klar, dass unser Weg in die Globalisierung Europa heißt. Sie wissen sehr wohl, dass wir die EU brauchen, um in der Weltwirtschaft gegenüber China und den USA zu bestehen. So gut wie niemand plädierte bei den großen Fragen für nationalstaatliche Lösungen; auch das war aufschlussreich.

Sie sehen also: Politik kann viel lernen, wenn sie sich an der praktischen Klugheit der Bürgerinnen und Bürger orientiert.

Diese Eindrücke aus den Bürgerdialogen sind keine zufälligen Schlaglichter. Das zeigt eine europaweite Umfrage vom Dezember: Die Zustimmung der Bürger zur EU ist so hoch wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr, und in Deutschland sind die Werte besonders gut. Acht von zehn Deutschen halten die Mitgliedschaft unseres Landes für eine gute Sache.

(Zuruf: Richtig!)

Ich sehe darin auch ein Ergebnis der vielen Debatten um Europa in den letzten Jahren. Sie haben das Bewusstsein für Europa gestärkt und nicht geschwächt. Das ist ein gutes Signal.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht nun unser Europaleitbild aus? Welche Schlussfolgerungen haben wir aus dem Dialog mit den Bürgern und Experten gezogen?

Die erste Schlussfolgerung lautet: Wir brauchen ein Europa der Werte. Für manche ist die Europäische Union bloß eine Interessen- oder Wirtschaftsgemeinschaft. Für uns ist sie mehr, nämlich eine Wertegemeinschaft. Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit. Deshalb darf die EU keinen Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei ihren Mitgliedsstaaten tolerieren.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Aber die europäische Demokratie muss auch liefern. Deshalb lautet eine zweite Schlussfolgerung: Wir brauchen mehr eu-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

europäische Handlungsfähigkeit. Deshalb muss geprüft werden, wo wir vom Prinzip der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen übergehen können.

Und ja, wir sagen auch, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten, die schneller vorangehen wollen, das auch tun sollen. Das ist schon heute beim Euro der Fall. Das kann auch auf anderen Feldern Sinn ergeben, z. B. bei der Sicherheitspolitik.

Wir wollen auch bei den demokratischen Institutionen weitergehen. Wir brauchen mehr Souveränität für das Europäische Parlament, mit der Europäischen Kommission als verantwortlicher Exekutive und einem Ministerrat, der sich in Richtung einer zweiten Kammer entwickelt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber dann Gleichheit bei der Wahl!)

Und warum die europäische Demokratie nicht auch mit einer Vereinheitlichung des Wahlrechts in Europa stärken? Warum nicht auch grenzüberschreitende Wahlkreise?

Das alles würde auch zur stärkeren Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen, die wir dringend brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, für mich ist ganz klar: Wir brauchen mehr Europa, um die großen Aufgaben erfolgreich anzupacken. Selbst die großen EU-Mitgliedsstaaten sind auf den Rang von regionalen Mächten geschrumpft. Der Anteil der einzelnen EU-Länder an der Weltbevölkerung wird bald nur noch in Promille zu messen sein, nicht mehr in Prozent.

Wir können deshalb in der komplexen Welt von heute nur noch auf einem Weg weiterkommen, und dieser Weg heißt Europa. Das gilt für den Kampf gegen die Klimakrise, für die Steuerung der Migration, für die Gestaltung von Globalisierung und Digitalisierung und natürlich für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Europa ist der Schutzschild unserer Völker gegen die neuen Stürme in der Welt.

So hat es der französische Staatspräsident Macron gestern bei der Unterzeichnung des Aachener Vertrags gut auf den Punkt gebracht. Und die deutsch-französische Zusammenarbeit und ihre Vertiefung sind die richtige Antwort auf den Brexit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb brauchen wir bei den großen Herausforderungen der Zeit ein gemeinsames europäisches Handeln. Klar ist aber auch: Wir brauchen keinen europäischen Zentralismus. Eine dritte Schlussfolgerung lautet daher: Europa muss mehr Subsidiarität leben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir brauchen ein Europa, das die Dinge von unten nach oben denkt.

Subsidiarität, das heißt etwa: Über die Gestaltung der Wasserversorgung vor Ort können die Kommunen selbst viel besser entscheiden als Brüssel.

(Zuruf: So ist es!)

Und die Kreissparkassen oder die örtlichen Volksbanken brauchen nicht die gleiche europaweite Risikovorsorge wie die Großbanken.

(Beifall bei den Grünen und der CDU, Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir dürfen nicht alles harmonisieren, sondern brauchen Platz für Verschiedenheit, für ein Europa der Regionen, das den Menschen Heimat gibt. Denn Europa, das sind nicht nur Brüssel, Straßburg und die nationalen Hauptstädte, es sind auch die vielen europäischen Regionen mit eigenen Traditionen, eigenem Dialekt und eigener Küche.

Die nächste Reform der EU sollte sich deshalb auch der Frage widmen: Wie verteilen wir in Zukunft die Kompetenzen zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten, den Regionen und den Kommunen?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir wollen eine Kompetenzordnung, die die EU bei den großen Fragen stärkt und den Regionen und Kommunen mehr Freiraum für die Dinge gibt, die besser vor Ort entschieden werden.

Wir wollen eine EU, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt, eine EU, die dem Klimawandel, dem Artensterben und der Verschmutzung der Weltmeere entschlossen entgegentritt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Denn all diese ökologischen Krisen machen nicht an irgendeiner Grenze halt. Hier muss Europa Führung übernehmen.

(Zuruf: So ist es!)

Deshalb machen wir im Leitbild deutlich: Die EU muss sich international für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens starkmachen, und wir müssen endlich den europäischen Emissionshandel scharf stellen. Die Mitgliedsstaaten und die Regionen müssen die EU-Umweltschutzstandards konsequent umsetzen. Baden-Württemberg wird hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch bei der klimafreundlichen Mobilität wollen wir in Baden-Württemberg als führendem Automobilland die Führungsrolle mit übernehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das emissionsfreie Auto der Zukunft soll bei uns in Baden-Württemberg und in Europa vom Band rollen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das gibt es nicht!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Artenschutz in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union mehr Gewicht erhält. Das Land will auch hier unseren Beitrag leisten: Wir streben bei uns einen Anteil von 30 % Ökolandbau an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir erleben eine Zeit, in der die alte, analoge Wirtschaftsordnung von einer neuen, digitalisierten herausgefordert wird. Wir sehen neue Technologien, neue Märkte, neue Wettbewerber. Die USA und China gehen entschlossen voran bei der Digitalisierung, bei der künstlichen Intelligenz und bei der Elektromobilität. Wenn wir bei diesen Schlüsseltechnologien nicht richtig Gas geben, werden wir abgehängt.

Wir müssen deshalb noch enger zusammenarbeiten. Nur gemeinsam können wir die digitale Revolution prägen. Da geht es ans Eingemachte; denn Digitalisierung auf Chinesisch, das meint auch Weltmarktführerschaft bei den Kontrolltechniken, beim Versuch, alles menschliche Tun aufzuzeichnen und zu bewerten. Wir wollen aber keine digitale Welt als Mischung aus Orwell und Pawlow, aus Überwachung und Konditionierung.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wir wollen auch keine Digitalisierung auf Amerikanisch, wo wenige Internetriesen die Märkte dominieren und es zu einer ungeheuren gesellschaftlichen Polarisierung kommt. Beides ist der falsche Weg. Beides ist nicht der europäische Weg.

Für uns ist klar: Digitalisierung muss den Menschen und dem Gemeinwohl dienen. Das ist der europäische Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss Europa endlich seine Kräfte bei den Innovationen bündeln, und zwar bei allen Zukunftstechnologien.

Was da geht, das zeigen wir Europäer doch schon jetzt bei der Raumfahrt- und Satellitentechnik. Niemand in der EU kann den Weltraum allein erobern, aber zusammen sind wir stark. Das beweist das Satellitennavigationssystem Galileo. Wenn US-Präsident Trump darüber sinniert, dass die Europäer endlich einen fairen Preis für die Nutzung von GPS bezahlen müssten,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein guter Präsident!)

dann sollte jedem klar sein, um was es für Europa geht. Galileo ist ein komplett vergemeinschaftetes Projekt der EU. Es funktioniert seit 2016, und es bringt bis 2020 30 Satelliten in den Weltraum. Das ist gemeinsame europäische Souveränität – ganz konkret und mit Nutzen für alle.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir wollen deshalb den europäischen Wissenschafts- und Forschungsraum vollenden und die europäischen Forschungssysteme eng vernetzen.

Wir unterstützen die Verdopplung der Mittel für das ERASMUS-Programm. Denn Europa entsteht in den Köpfen, dort,

wo Studierende und Azubis im Ausland Erfahrungen sammeln und Europa ganz konkret leben.

Das Land Baden-Württemberg geht selbst voran. Am Oberrhein etablieren wir gemeinsam mit Frankreich und der Schweiz die erste „Europäische Universität“. Der Verbund der Universitäten Freiburg, Basel, Mulhouse, Straßburg und Karlsruhe hat über 100 000 Studierende und 15 000 Forschende. Wir wollen länderübergreifende Studiengänge, gemeinsame Berufungen von Professoren, schnelle Verbindungen und ein grenzüberschreitendes Semesterticket – sodass man vormittags in Basel ein Seminar besucht, nachmittags eine Vorlesung in Freiburg hört und abends eine Fete in Mulhouse feiert.

(Vereinzelte Heiterkeit)

So geht europäische Uni heute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Und alles mit dem Fahrrad! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dafür haben wir gestern in Brüssel geworben, und ich glaube, das ist dort gut angekommen.

Sie sehen also: Wir setzen voll auf Europa, um gemeinsam die technologischen Revolutionen zu meistern und beim internationalen Wettbewerb um Innovationen ganz vorn mitzuspielen.

Auch bei uns steht die deutsch-französische Freundschaft ganz vorn. Wir gehen mit unseren Nachbarn und Freunden im Elsass immer mehr ganz konkrete grenzüberschreitende Projekte an, mit denen wir deutlich machen: Europa hat wirklich einen Mehrwert für alle, gerade in den Grenzregionen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU, Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg liegt im Herzen des Kontinents. Wir haben eine besondere Verantwortung für Europa – für ein Europa, das eine tiefe Orientierungskrise durchlebt. Mit unserem Europadialog und unserem Leitbildprozess stellen wir uns unserer Verantwortung. Wir haben ein neues Europaleitbild des Landes entwickelt und geben damit doppelt Orientierung: uns selbst, weil dieses Leitbild den Kompass für die künftige Europapolitik der Landesregierung darstellt, und anderen, weil wir uns mit dem Leitbild klar und sichtbar in die Debatte um die Zukunft Europas einbringen.

Dies wurde uns gestern wieder klar, als wir in Brüssel unser Leitbild beschlossen und vorgestellt haben. Kommissionspräsident Juncker war sichtlich beeindruckt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Er hat uns gesagt, keine andere Region in Europa habe sich in vergleichbarer Weise in die Zukunftsdebatte der EU eingebracht. Er hat an diesem Dialogprozess auch selbst mitgewirkt – dafür noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, „Taking back control“ – das war der Slogan der Brexit-Befürworter.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Recht hatten sie!)

Doch diese Forderung ist paradox. Ja, in einer Welt im Umbruch kann ich die Sehnsucht nach Kontrolle, Halt und Sicherheit gut verstehen. Aber die Konsequenz: „Raus aus Europa, zurück in die nationale Wagenburg“, das ist ein fataler Fehlschluss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Nein!)

Der Nationalismus bringt eben keine neue Souveränität, nein, er ist eine Anleitung zum Kontrollverlust. Wenn wir alle so handeln, wenn wir alle „Wir zuerst!“ brüllen, dann lösen wir keines der großen Probleme unserer Zeit. Taking back control – das geht nur europäisch. Im 21. Jahrhundert können wir nur noch gemeinsam souverän sein und nicht mehr allein. Denn die Alternativen lauten heute: Entweder europäisch zusammenstehen und die neue Weltordnung

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ah!)

mitprägen oder als einzelner Nationalstaat am geopolitischen Katzentisch Platz nehmen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie war das noch mit der Subsidiarität?)

Der englische Humor hat dafür ein schönes Bild, wenn er ziemlich trocken feststellt: „Wenn du nicht am Tisch sitzt, stehst du auf der Speisekarte.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ein solcher Satz zeigt, welch ein Drama sich beim Brexit abspielt.

(Zuruf: Nein!)

Dies ist die schlimmste politische und wirtschaftliche Selbstverstümmelung, der sich ein europäisches Land in Friedenszeiten nun selbst ausgeliefert hat. Das aktuelle Chaos zeigt doch: Die Brexiteers haben das Land auf ein ganz falsches Gleis gesetzt. Sie rennen einer Schimäre nach. Sie vergeuden damit Jahre, und das in einer Welt mit revolutionären Umbrüchen, in der jedes Jahr, jeder Monat kostbar ist. In den Geschichtsbüchern wird einmal stehen: ein verlorenes Jahrzehnt für Großbritannien und ein schwieriges für die EU.

All jenen bei uns im Land, die sich das britische Chaos zum Vorbild nehmen und mit einem „Dexit“ liebäugeln, sage ich: Wer so etwas anstrebt, der ist kein Patriot, sondern ein politischer Hasardeur.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Er hat die verflochtene Welt von heute nicht verstanden und setzt Frieden, Freiheit und Wohlstand aufs Spiel.

Diese Einsicht müssen wir heute besonders betonen, denn wir stehen vor Wahlen zum Europäischen Parlament. Das werden die wichtigsten Europawahlen, die es bisher gab.

(Zuruf von der AfD)

Denn es geht um eine Richtungsentscheidung: Wollen wir das vereinte Europa erneuern, oder wollen wir einen Rückfall in das alte Europa, in das Europa von Krieg, Konflikten und Kationen?

(Abg. Anton Baron AfD: Solche Horrorszenarien hier malen!)

Deshalb appelliere ich an alle Demokraten: Lassen Sie uns einmütig vor die Bürgerinnen und Bürger treten. Lassen Sie uns eine neue Leidenschaft für die europäische Idee weitertragen – mit einem klaren Ja zu Europa.

In Baden-Württemberg stehen wir für ein starkes Europa. Die Landesregierung hat das in ihrem Leitbild dargelegt. Es liegt an uns allen, Europa verantwortlich zu gestalten und für ein erneuertes, vereintes Europa zu kämpfen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihr Leitbild für das Land Baden-Württemberg zu Europa haben wir vernommen; das kannten wir auch zuvor schon. Lassen Sie mich deshalb versuchen, zu erklären, wie das Leitbild vieler anderer Bürger in Deutschland und Europa aussieht.

Sie haben die Präambel der Verfassung des Landes Baden-Württemberg kurz gestreift; das möchte auch ich mir erlauben. Da gibt es eine Ergänzung, die Sie nicht erwähnt haben. Ich zitiere:

... dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten ...

(Beifall bei der AfD)

Ich frage mich nun, meine Damen und Herren, ob das Subsidiaritätsprinzip in unserem Land überhaupt in irgendeiner Weise Anwendung findet.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Damit für die Bürger unseres Landes die Freiheit und der Wohlstand erhalten bleiben, muss diese EU von Grund auf reformiert werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen ein Europa der Vaterländer, eine europäische Gemeinschaft souveräner Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser erledigt werden können –

(Beifall bei der AfD)

(Bernd Gögel)

allerdings nur dann, wenn die Mitgliedsstaaten dabei ihre Souveränität beibehalten.

Wir, die AfD, wollen Europa. Wir sind pro Europa, jedoch nicht in diesem aktuellen Zustand.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD)

Wir wollen, dass die EU-Institutionen und EU-Organe eine unterstützende Funktion haben. Nur dann, wenn eine Problemlösung auf der nationalen Ebene mit erheblichen Hürden verbunden wäre, dürfen höhere Ebenen der supranationalen Organe der EU-Institutionen eingreifen, und zwar nur subsidiär, sprich unterstützend, und nicht mit gesetzgebender Gewalt.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden nicht zulassen, dass ein Brüsseler eurokratisches Monster unsere eigenen Kompetenzen und Entscheidungen übernimmt, diese lenkt und steuert – zuungunsten der Bürger in Europa.

Meine Damen und Herren, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder muss gesichert werden. Die AfD-Wähler wollen für die nächsten Generationen nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Hören Sie zu: mehr Demokratie!

(Beifall bei der AfD)

Sie sind lediglich mit dem heutigen Zustand der Demokratie in Deutschland und Europa völlig unzufrieden.

(Zuruf von den Grünen: Das kann ich mir vorstellen!)

Diese muss unbedingt durch die Herbeiführung von Volksentscheiden ergänzt werden. Den Bürgern, meine Damen und Herren, muss vermittelt werden, dass sie in der demokratischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bei politischen Entscheidungen zu existenziellen Themen mitentscheiden dürfen und sollen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir wollen ihren Bedürfnissen nachkommen, und für schnellere Änderungen in dieser Hinsicht setzen wir uns mit unserer zukünftigen liberal-konservativen Fraktion im Europaparlament ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Liberal“!)

Dies ist unser Leitbildprozess auf dem Weg zu einem gut funktionierenden Europa, meine Damen und Herren.

Die Bürger in unserem Land haben nicht einmal die Gelegenheit, sich an den politischen Entscheidungen zu beteiligen und unsere Politik mitzugestalten. Sie verspüren, dass die heutige Politik an ihnen vorbei gemacht wird, hinter ihrem Rücken. Ich frage Sie: Wo ist die öffentliche Transparenz?

(Beifall bei der AfD)

Das zeigt sich beispielhaft an dem Vertrag von Aachen, der gestern, am 22. Januar 2019, von unserer Bundeskanzlerin, Frau Merkel, und dem französischen Präsidenten Macron unterzeichnet wurde. Was wissen eigentlich die Bürger in unse-

rem Land über den Inhalt dieses Vertrags, der erst vor zwei Tagen veröffentlicht wurde?

(Zuruf von der AfD: Nichts! Gar nichts!)

Es ist traurig: überhaupt nichts. In Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 4 des Aachener Vertrags geht es um gegenseitige deutsch-französische Verpflichtungen im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die beide Staaten absolut abhängig voneinander machen.

Außerdem wird noch ein Verteidigungs- und Sicherheitsrat als politisches Steuerungsorgan eingerichtet. Der Rat beschließt dann über Regierungen hinweg, meine Damen und Herren.

Artikel 4 des Aachener Vertrags ist ein Türöffner für neue, fragwürdige Auslandseinsätze in Afrika, wo Frankreich immer noch seine Interessen hat.

Diese sehr bedenklichen Vertragsverpflichtungen führen zu neuen, unvorhersehbaren Risiken. All das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Wir wollen die NATO nicht durch eine europäische Armee ersetzen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen keine bilateralen sicherheitspolitischen Alleingänge innerhalb der EU. Wir wollen nicht, dass solche Verpflichtungen wieder an den Mitentscheidungsrechten der Bevölkerung vorbeigehen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, wir sind europafit. Die Bürger in unserem Land stehen für Europa. Laut der Eurobarometer-Umfrage 89.2 des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2018 mit dem Titel „Demokratie in Bewegung“ ist die Zustimmung der Bürger in Deutschland zur EU sehr hoch und liegt bei 79 %.

Jedoch möchten die Bürger unseres Landes innerhalb der EU-Strukturen gewisse Änderungen. 45 % der Bürger glauben daran, dass die neuen politischen Parteien bessere Lösungen finden können.

(Beifall bei der AfD)

48 % der Bürger wollen, dass der Terrorismus erfolgreicher bekämpft wird. 50 % der Bürger wollen, dass die EU eine sinnvolle Lösung zur Einwanderungspolitik findet:

(Zuruf: Hört, hört!)

keine unkontrollierten Einwanderungen und schon gar kein freies Siedlungsrecht in Deutschland und Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

55 % der Bürger wollen, dass das Europaparlament weniger Macht bekommt.

Übrigens, der Klimawandel, meine Damen und Herren von den Grünen, gehört nicht zu den ersten Prioritäten der Deutschen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, für Sie!)

Daher platziert sich diese Thematik erst an fünfter Stelle.

(Bernd Gögel)

Ein weiteres Beispiel für die Politik der EU am Bürger vorbei ist der propagierte Umstieg auf E-Mobilität. Ich frage Sie: Wer wird dieses Projekt finanzieren? Natürlich, die Bürger selbst, und unabhängig davon, ob sie ein E-Fahrzeug nutzen oder nicht, werden sie es durch die Stromkosten begleichen müssen.

Wir, die AfD, wehren uns dagegen. Diese Politik bedeutet das Aus für die deutsche Automobilindustrie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Um die Automobilindustrie in unserem Land, welche auf Verbrennungsmotoren basiert, zu erhalten, muss die EU und muss Deutschland synthetische Kraftstoffe fördern und in den Markt einführen. Hier hat sich die AfD klar positioniert.

Unser Europaleitbild: Ja, in welchem Europa wollen wir leben, meine Damen und Herren? Wir sind die Partei der Bürgerbeteiligung und wollen Handlungsfähigkeit durch einen Dialog mit den Bürgern, nicht ohne sie. Wir wollen ein Europa der souveränen Staaten, die nachbarschaftlich zusammenleben, in dem die Staaten genügend eigene Spielräume haben. Wir wollen eine Leitkultur, die auf unserem Land fußt, unserem Baden-Württemberg. Wir wollen stolz auf unsere Heimat sein in Europa.

Wir wollen gemeinsame und vor allem gut durchdachte Sicherheitspolitik. Wir wollen die Demokratie aufbauen und auf Dauer erhalten. Wir lassen nicht zu, dass die EU-Politik zu einem Monolog wird. Die EU ist nicht die Mutter, die bestimmt, beschließt, entscheidet und Rügen erteilt, und wir sind nicht die Kinder, die ihr kopfnickend gehorchen müssen. Wir wollen ein Projekt, das sich in einem fortgesetzten Diskurs befindet und offen für Reformen ist, zusammen, aber flexibel. Sollten diese Reformen in absehbarer Zeit nicht erreichbar erscheinen, ist für uns, die AfD, der „Dexit“ als letzte Option nicht auszuschließen – aber nur dann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist ein Erfolgsprojekt. Seit über 60 Jahren bringt die europäische Einigung Frieden, Freiheit und Wohlstand. Dieses Erfolgsprojekt gründet auf unserer gemeinsamen Geschichte, auf dem grenzüberschreitenden Austausch, auf gemeinsam errungenen Rechten, Freiheiten und Werten. Diese Einheit in Vielfalt wollen wir bewahren und weiterentwickeln.

Europa scheint heute selbstverständlicher denn je zu sein. Doch das Erreichte ist fragil. Denn die Europäische Union steht vor einer nie da gewesenen Bewährungsprobe. Zugleich ist die Europäische Union so wichtig wie nie zuvor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Klimawandel ist vielleicht die wichtigste Herausforderung, vor der wir heute stehen. Europa kann hier, wenn wir zusammenarbeiten, viel bewegen und globale Standards setzen.

(Vereinzelte Beifall)

Deswegen wird die Europawahl auch eine Klimawahl sein.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Digitalisierung ist die Europäische Union gefordert, gemeinsam faire Regulierungen für die globale Digitalwirtschaft zu schaffen. Gerade bei der künstlichen Intelligenz zeigt sich, wie wichtig ein europäischer Weg sein wird.

Fluchtursachen zu bekämpfen und Maßstäbe für eine humane Migrations- und Asylpolitik zu setzen, das ist eine europäische Aufgabe. Dies kommt nicht voran, weil die Mitgliedsstaaten in dieser Frage gespalten sind. Daher sehen wir hier eine der größten Herausforderungen für Europa. Lassen Sie uns weiter gemeinsam an diesen Fragen arbeiten und das Erfolgsprojekt Europa voranbringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir verstehen die aktuellen Herausforderungen als Ansporn für Reformen auf dem Weg zu einer vertieften Integration der Europäischen Union. Denn die Herausforderungen unserer Zeit können wir in Europa am besten gemeinsam lösen. Nur so haben wir Europäerinnen und Europäer auch international eine starke Stimme, um der globalen Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In Baden-Württemberg verdanken wir unseren Wohlstand in hohem Maß der europäischen Integration und der Europäischen Union. Wenn wir wollen, dass die Europäische Union eine Zukunft hat, muss es unser Ziel sein, dass alle Menschen, alle Regionen Europas von der europäischen Integration und vom Gemeinsamen Binnenmarkt profitieren.

Es beunruhigt mich daher, wenn Stimmen zunehmen, die auf Nationalismus und Abschottung, Ausgrenzung und Antiliberalismus setzen. Die Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip und gegen europäische Grundwerte durch die Regierungen in Ungarn und Polen sind alarmierend und nicht hinnehmbar. Das darf die EU keinem Mitgliedsstaat durchgehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb halten wir Sanktionen wie die gezielte Kürzung der EU-Fördermittel oder einen Entzug des Stimmrechts bei Ratsentscheidungen für angebracht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte gehören zu den Grundwerten der Europäischen Union, und diese müssen für alle gelten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Brexit-Votum und das Scheitern des mühevoll ausgehandelten Austrittsvertrags zeigen auf erschreckende Weise, wie Nationalismus und Populismus zu Spaltung und Chaos führen. Der Brexit ist eine Bewährungsprobe für den europäischen Zusammenhalt. Denn die EU ist den Briten weit entgegengeritten; weitere Zugeständnisse kann es nicht geben.

Wenn wir uns die Lage in Baden-Württemberg anschauen, stellen wir fest, dass wir, da Großbritannien der sechstgrößte

(Andreas Schwarz)

Abnehmer baden-württembergischer Produkte ist, ein Interesse daran haben, zu guten Wirtschaftsbeziehungen zu kommen. Für die Grünen kann ich ganz klar sagen: Wir wünschen uns einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Unsere Türen sind weiterhin offen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es gibt aber auch Kräfte – wir haben es ja gehört –, auch hier im Landtag von Baden-Württemberg, die nach Großbritannien schauen und sich einen „Brexit“ für Deutschland wünschen.

(Abg. Anton Baron AfD: Unsinn! So ein Unsinn! – Abg. Carola Wolle AfD: Sie sollten einmal zuhören! – Weitere Zurufe)

Wir sagen dagegen: Wer aus der Europäischen Union austreten möchte, der schadet Deutschland, der schadet dem Wirtschaftsstandort, der schadet den Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Carola Wolle AfD: Reformen! – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Argumente! – Zuruf von der AfD: So ein Unsinn! – Weitere Zurufe)

Denn es ist doch pervers: Sie wollen sich ins Europäische Parlament wählen lassen, um gerade dieses Parlament abzuschaffen.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das ist doch pervers, Herr Gögel. Sie wollen spalten und zerstören.

(Zuruf von der AfD)

Sie wenden sich damit gegen unsere Verfassung. Wir dagegen stehen für die Stärkung des Europäischen Parlaments. Es soll der zentrale Ort der europäischen Entscheidungen werden. Wir wollen es daher stärken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ihre Analyse und die Prozentzahlen gehen natürlich wieder einmal an den Fakten vorbei, Herr Kollege.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Denn 81 % der Deutschen sprechen sich klar für Europa aus, und auch in der Europäischen Union liegt die Zustimmung auf dem höchsten Wert seit 25 Jahren: bei zwei Dritteln. Das ist eine gute Nachricht. Das ist eine stabile Grundlage, um Europa zu festigen und seinen Status in der Welt auszubauen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir begrüßen ausdrücklich, Herr Ministerpräsident, den Europadialogprozess. Denn kein anderes Bundesland hat sich so engagiert und entschlossen mit der Zukunft Europas auseinandergesetzt wie Baden-Württemberg. Sie haben es gesagt: Europa ist für uns Staatsräson. Wir, das Land, wollen unseren Teil in einem vereinten Europa mitgestalten.

Deswegen sind wir auch froh, dass Sie die Ideen der Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg in Brüssel vorgebracht haben. Damit ist klar: Baden-Württemberg ist in Brüssel stark und hörbar vertreten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle auf drei Anliegen hinweisen – drei Anliegen aus dem Leitbild, die uns besonders wichtig sind:

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und damit viel mehr als eine reine Wirtschaftsunion. Die Gesellschaftsmodelle der Mitgliedsstaaten gründen auf der Achtung der Menschenwürde, auf Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, auf der Wahrung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten. Dies müssen wir immer wieder neu vermitteln und einfordern. Die Europäische Union muss ihre Werte weltweit verteidigen und sie in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik selbstbewusst und mit einer Stimme vertreten.

Als globale Wirtschaftsmacht kann die Europäische Union ihre ökologischen und sozialen Standards zum Maßstab von Handelsverträgen machen. Sie muss dieses Potenzial noch stärker als bisher einsetzen, und zwar so, dass diese Standards nach innen transparent und demokratisch legitimiert werden.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist: Subsidiarität ist der entscheidende Maßstab für die Verteilung von Aufgaben in der EU. Die EU ist nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben aufgebaut. Starke Städte und Gemeinden, Landkreise und Regionen sind die dem Bürger nächsten Einheiten. Sie sind das Fundament Europas.

Eine funktionierende Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sichert die Lebensqualität der Bürger und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Dies darf auch in Zukunft nicht durch EU-Vorgaben oder internationale Handelsabkommen eingeschränkt werden. Die kommunale Selbstbestimmung muss ein fester Bestandteil in einem vereinten Europa bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der dritte Punkt, der für meine Fraktion, für die grüne Landtagsfraktion wesentlich ist, betrifft die Anstrengungen der EU zur Bewahrung der Schöpfung und der natürlichen Lebensgrundlagen. Denn globale Herausforderungen wie der Klimawandel, das weltweite Artensterben, der zunehmende Ressourcenverbrauch und die Verschmutzung der Meere, Flüsse und Gewässer erfordern ein gemeinsames und entschlossenes Handeln, und zwar heute, bei uns in Europa und weltweit. Das wollen wir der Europäischen Union mitgeben. Das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Europa ein Erfolgsprojekt bleibt; denn nur mit einer starken Europäischen Union, mit starken Mitgliedsstaaten und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, die den Mehrwert Europas in ihrem Alltag spüren, werden wir die europäische und damit die globale Zukunft weiterhin nachhaltig gestalten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg liegt mitten im Herzen von Europa. Unser Land ist europäische Region par excellence. Baden-Württemberg ist die einzige Region Europas, die gleichermaßen an den beiden großen europäischen Strömen Rhein und Donau liegt. Wir sind ganz eng mit Europa verflochten, und zwar wirtschaftlich, politisch, kulturell und vor allem auch von Mensch zu Mensch. Unser Wohlstand und unsere Zukunft hängen direkt von Europa ab. Wir wollen, dass das auch in Zukunft bei uns so bleibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Baden-Württemberg exportiert Waren im Wert von über 100 Milliarden € pro Jahr in die EU-Länder. Es ist nicht nur diese abstrakte Zahl, es sind die ganz konkreten Geschäftsmodelle der Unternehmen in unserem Land, ihre Lieferketten, Absatzchancen und Arbeitsplätze im Land, die nur Europa sichern kann. Jeder dritte Arbeitsplatz bei uns hängt vom Export in die Europäische Union ab.

Europa ist ökonomische Realität, aber auch politische Notwendigkeit. Daran kommt niemand vorbei. Gerade wir Baden-Württemberger brauchen Europa; denn wir sind die größten Gewinner dieser europäischen Einigung. Das ist – das wurde zu Recht gesagt – Staatsräson und Verfassungsauftrag zugleich. Das hält auch dieses Europaleitbild zutreffend fest.

Erwin Teufel hat es einmal so formuliert:

Jeder Deutsche, der bei Verstand ist, ist Europäer.

Ich finde, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Antoine de Saint-Exupéry hat in seinem „Le Petit Prince“ gesagt:

Man sieht nur mit dem Herzen gut.

Europa ist für uns Baden-Württemberger auch eine Sache des Herzens.

(Abg. Willi Stächele CDU: Ja!)

Wir pflegen eine enge Partnerschaft mit Frankreich. Gestern wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Der Ministerpräsident hat vorhin zu Recht Macron zitiert:

Europa ist der Schutzschild unserer Völker gegen die neuen Stürme in der Welt.

Wenn wir diesen Satz heute lesen, dann erinnert uns das auch zutiefst an europäische Geschichte, nämlich an die Geschichte des Bodenseeraums, des Donauraums, und an die unzähligen Städtepartnerschaften.

All das ist weithin gelebte europäische Wirklichkeit in unserem Land. Wir sind stolz auf diese europäische Identität, auf

dieses Lebensgefühl, und wir wollen, dass Baden-Württemberg eine starke Region in einem starken Europa bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Richtig ist – es wurde angesprochen –: Europa geht momentan auch durch eine Phase der Bewährung; der Ministerpräsident hat das beschrieben. Dabei sehen wir: Das große Friedens- und Freiheitsversprechen der europäischen Integration hat an Strahlkraft verloren. Die politische Vision der Einigung Europas reicht für viele europäische Bürger als Rechtfertigung für europäisches Handeln nicht mehr aus. Freizügigkeit und Rechtssicherheit in ganz Europa, das ist mittlerweile vielen selbstverständlich geworden. Ich sehe übrigens die größte Gefahr heutzutage in der Gleichgültigkeit gegenüber Europa.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Umso wichtiger ist es, unser Bild von Europa zu schärfen, unsere Erwartungen an Europa zu ordnen und uns unserer Rolle in Europa neu zu vergewissern.

Deshalb danke ich im Namen der CDU-Fraktion dem Ministerpräsidenten und dem Europaminister für die Initiative zu diesem Europaleitbild und für diesen landesweiten Dialogprozess, an dem ja auch Kollegen unserer Fraktion gern mitgearbeitet haben.

Beides macht deutlich: Baden-Württemberg denkt europäisch, und es bringt sich als europäische Region engagiert ein. Das sind wichtige Botschaften, die wir hinaus nach Europa, aber auch hinein in unser Land schicken. Sie helfen, mehr Akzeptanz, mehr Legitimation und vor allem mehr Begeisterung für Europa zu schaffen, und darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Hierfür steht auch der Europaausschuss, den dieses Parlament seinerzeit eingerichtet hat; der Vorsitzende des Europaausschusses ist hier. Das Ressort war früher dem Ständigen Ausschuss angegliedert. Wir wollten durch die Bildung eines eigenen Ausschusses der besonderen Bedeutung Europas für unser Land Rechnung tragen.

Vielleicht war Europa noch nie so gefragt und gefordert wie heute. Es muss Antworten geben auf die großen Probleme in der Welt wie Migration, Terror, Umweltschutz, aber auch Sicherheit und Finanzmärkte, um nur einige zu nennen. Europa muss, wie der Ministerpräsident angesprochen hat, Gestaltungsaufgaben wie die Digitalisierung angehen.

Die Welt ist doch ein Dorf geworden. Wir alle wollen, dass Baden-Württemberg nicht nur Innovationsregion Nummer 1 in Europa ist, sondern dies auch in Zukunft bleibt. Darauf muss es ankommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dabei ist klar: Nur gemeinsam können wir künftig noch im Konzert der Großen mitspielen. Denn im Weltorchester von demnächst acht Milliarden Menschen wird selbst Deutschland gerade noch eines von 100 Orchestermitgliedern stellen. Da ist schon die Frage: Spielen wir noch die erste Geige, oder schlagen wir in Zukunft nur noch die Triangel von ganz hinten?

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Darauf wird es ankommen müssen, wenn wir heute die Entwicklung in der Welt sehen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Deshalb gilt: Nur ein einiges Europa wird in der zukünftigen Weltordnung zwischen Amerika und Asien überhaupt noch eine Rolle spielen können. Nur in einer handlungsfähigen Union werden die europäischen Nationen auch in einer Welt hörbar bleiben, in der 90 % der Menschen eben keine Europäer sein werden.

Wir brauchen Europa für die Sicherheit in der Welt. Wir brauchen Europa für den Schutz unserer Grenzen. Wir brauchen Europa als Förderer der Groß- und auch der Spitzenforschung. Wir brauchen Europa im Kampf für den Freihandel. Deshalb will ich unterstreichen: Mit Abschottung oder gar mit Populismus, Protektionismus oder Nationalismus werden wir die Probleme der Zukunft nicht lösen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Es wurde vom Kollegen Schwarz zu Recht angesprochen: Das Brexit-Abenteuer ist doch ein warnendes Beispiel. Es hinterlässt am Ende nur Verlierer und nur Chaos.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und den Grünen)

Schon jetzt kostet der Brexit die Briten in jeder Sekunde rund 1 000 Pfund. Der Weg hinaus aus Europa ist ein Irrweg. In einer globalen Welt – die Welt ist ein Dorf geworden – ist Europa mehr denn je gefordert. Es ist unsere Zukunft.

Herr Kollege Gögel, Ihr Bundesvorsitzender Meuthen hat heute wieder weltöffentlich verkündet: Man braucht kein Europaparlament mehr. Sie sprechen davon, Sie wollten mehr Demokratie. Ein Parlament abzuschaffen heißt weniger Demokratie und nicht mehr Demokratie.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe von der AfD)

Ich will aber auch sagen: Europa kann sich nur gesund entwickeln als Europa von unten. Da gibt es überhaupt keinen Gegensatz. Europa – das unterstreicht auch das Leitbild mit Recht – wird nicht stärker, wenn wir einfach immer noch mehr Aufgaben zentralisieren oder gar vergemeinschaften. Ein gemeinsames Europa kann nur erfolgreich sein im Respekt vor nationalen und regionalen Kompetenzen und Eigenheiten. Auch das ist uns wichtig.

Das betrifft aus unserer Sicht auch unsere Besonderheiten – der Ministerpräsident hat sie angesprochen –, seien es unsere soliden Sparkassen, seien es unsere Genossenschaftsbanken, oder sei es die kommunale Selbstverwaltung mit ihrer Wasserversorgung. Auch das ist uns wichtig. Wir wollen Europa von unten, ein subsidiäres und ein transparentes Europa.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Wie wird das gelebt?)

Europa muss nicht immer mehr, sondern es muss das Richtige machen. Darauf wird es ankommen. Es darf nicht zur technischen Routine erstarren. Es darf sich nicht erschöpfen

mit Quisquilien oder Detailvorgaben. Auch für Europa muss gelten: Jede Aufgabe muss dort erfüllt werden, wo sie besser, billiger und bürgernäher erfüllt werden kann. Wir wollen ein Europa mit klar geordneten Zuständigkeiten. Wir wollen ein subsidiäres, ein transparentes, ein schlankes und vor allem ein bürgernahes Europa. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Gerade wir im Land haben die Chance und die Aufgabe, das Europa von unten zu leben. Wir sind diejenigen, die das europäische Wurzelwerk stärken. Ich nenne die kleine Außenpolitik, die internationale Zusammenarbeit, auch solche Projekte wie das Leitbild. Denn so funktioniert Europa. So wird sein Mehrwert auch ganz konkret erlebbar, und das muss unser Ziel sein.

Heimat und Europa schließen sich eben nicht aus. Heimatverbunden und weltoffen zu sein ist kein Gegensatz – ganz im Gegenteil!

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Zuruf: So ist es!)

Deshalb ist es wichtig, dass auch der neue Elysée-Vertrag, der gestern unterzeichnet wurde, eine starke, ausdrücklich regionale Perspektive enthält. Die Kanzlerin sagte gestern zu Recht, dass dieser Vertrag und die deutsch-französische Freundschaft Taktgeber für die Europäische Union sein sollen – gerade die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor Ort und auch die Trinationale Metropolregion; die Beispiele wurden angesprochen.

Ich will an dieser Stelle abschließend erwähnen: Wir haben im Land Baden-Württemberg über 400 Städtepartnerschaften mit Frankreich. Die deutsch-französische Aussöhnung ist ein Erfolgsmodell, das wir in der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte leben dürfen. Dafür müssen wir gerade an einem solchen Tag dankbar sein.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, vielen Dank.

Wir wollen deshalb Europa auch Respekt zollen. Europa wird blühen, wenn es den Kräften der Spaltung und des Nationalismus ein Europa der Regionen entgegensetzt. Wir haben Raum und Respekt für Verschiedenheit.

Wir, die Union, verstehen uns seit unserer Gründung auch als Europapartei. Wir sagen aus Überzeugung Ja zu Europa. Wir sehen in Europa nicht das Ende, sondern die Zukunft der europäischen Nationen und Regionen. Wir sehen, wie Europa allen Europäern nützt: freies Reisen, bezahlen mit der gemeinsamen Währung, studieren und arbeiten ohne Grenzen, europäische Bürger- und Verbraucherrechte, Wohlstand und Frieden.

Deshalb, meine Damen und Herren: Das Europa von heute ist sicher nicht frei von Fehlern, aber es ist im Grunde genommen das beste Europa aller Zeiten.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Als Adenauer und de Gaulle damals den ersten Elysée-Vertrag unterzeichnet haben, hat Adenauer gesagt:

Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.

Dies gilt heute erst recht; es gilt mehr denn je.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, in dieser Aussprache über die Regierungsinformation von Ministerpräsident Kretschmann wird eines klar: Als Demokraten sind wir uns einig, dass Europa gut und nötig ist. Wir sind uns einig: Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Lösung vieler Probleme dieser Zeit.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind uns auch einig: Wir müssen dieses Europa verteidigen. Wir müssen es verteidigen gegen Nationalisten und Spalter, die dieses Europa ruinieren wollen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind uns auch einig, denke ich, dass unser Land nur dann eine Zukunft in und mit Europa haben kann, wenn wir uns aktiv in dieses Europa einbringen. Es wird nicht reichen, nur neutral an der Seite zu stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es wird nicht reichen, nur bewahren zu wollen. Europa muss auch aus den Regionen dieses Europas aktiv gestaltet werden. Das muss der Anspruch eines Landes Baden-Württemberg sein, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die europäische Einigung wurde bestimmt nicht durch eine Haltung geschaffen, bei der alle auf dem Status quo beharren. Unser heutiges Europa ist aus Überzeugung und Begeisterung entstanden und eben nicht aus Furcht. Genau das müssen wir uns alle ins Stammbuch schreiben.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Die europäische Idee bewahren zu wollen reicht nicht aus. Wenn Europa weiterleben soll, wenn die Menschen in diesem Europa Sinn und Zukunft sehen sollen, müssen wir dieses Europa weiterentwickeln. Hier lässt die Landesregierung leider wieder einmal vieles vermissen. Denn sie verharrt wieder einmal im Beschreibenden und Bewahrenden, ist zaudernd, wo sie innovativ sein müsste. Um eine große und großartige Idee wie Europa voranzubringen, reicht es eben nicht, es sich behaglich einzurichten. Wenn die Landesregierung also von unserer besonderen Verantwortung für Europa spricht, so genügt

das nicht. Verantwortung zu übernehmen heißt, an die Spitze der Innovation, an die Spitze der Kreativität zu treten.

(Beifall bei der SPD)

Europa ist eine große Idee, und die kann kein Klein-Klein dulden. Aber aus dem Leitbild der Landesregierung spricht leider viel zu viel Klein-Klein und vor allem auch Angst um den Status quo. So erschöpft sich das schriftliche Leitbild seitenweise in der Beschreibung dessen, was die Landesregierung unter „Subsidiarität“ versteht.

Mehr Kompetenz wird immer dann gefordert, wenn nicht das Land, sondern der Bund Kompetenzen abgeben muss. Das ist verdächtig – und leider nicht nur verdächtig. Für den Ministerpräsidenten erschöpft sich die Europapolitik zu oft im Zeremoniellen und Grundsätzlichen.

Machen wir die Gegenprobe. Der Europaminister dieses Landes hat wenig Durchgriffsmöglichkeiten. Die Europaaufgabe ist in dieser Landesregierung nicht klar geregelt, sie ist auf mehrere Ressorts zersplittert. So geht man keine wichtige Aufgabe an. Denn es ist wichtig, dass Europa aus einer Hand und aus einem Guss in diesem Land Baden-Württemberg gestaltet wird. Dies ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Und noch ein Verdacht: Insgesamt wird in der Europapolitik der Landesregierung der Grundsatz der Subsidiarität – wir haben ihn heute wieder sehr oft gehört – nicht als Regelungsmechanismus verstanden – der er nämlich tatsächlich ist –, sondern man hat das Gefühl, er wird als Abwehrinstrument verstanden.

Europa braucht in der Tat Kompetenz vor Ort, braucht Regelung von unten. Es braucht aber immer wieder auch weitere Horizonte. Wenn das für Bundesgrenzen gilt, gilt das doch mindestens genauso für Landesgrenzen. Kompetenz nach Brüssel zu verlagern darf nie ein Selbstzweck sein. Aber eigene Kompetenzen zu verteidigen darf eben auch kein Selbstzweck sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Grundsätzlich, Herr Ministerpräsident, unterstützen wir den Gedanken eines Leitbilds und gern auch die Vorgehensweise in den Zukunftsbildern. Gleichwohl wäre es sinnvoll gewesen – das hätte der Landesregierung gut zu Gesicht gestanden –, in diesen Prozess auch die Opposition einzubinden. Das ist nicht passiert.

Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern neben Experten ist nicht zu kritisieren. Zu kritisieren ist aber, dass sich das Leitbild sehr oft damit begnügt, das Bestehende zu beschreiben.

Was sind denn die konkreten Ideen, die Europa weiterbringen? Kaum sichtbar sind Initiativen, wie wir, das Land Baden-Württemberg selbst, Europa in der Landespolitik leben. Hier hätte das Leitbild einer für Europa arbeitenden Landesregierung ein wirklicher Fortschrittsbericht werden können – und zwar Fortschritte an der Basis und nicht nur bei einigen Vorzeigeprojekten wie z. B. der Europauniversität, die wir ja

(Andreas Stoch)

zum Glück schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht haben.

Wir hätten die Gelegenheit gehabt, die Rolle Baden-Württembergs z. B. im Kontext der „Vier Motoren“ – einer Initiative, zu der Baden-Württemberg gehört – besser zu beschreiben. Sie haben in Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, zur Initiative der „Vier Motoren“ fast gar nichts gesagt. Das ist auch kein Wunder. Die baden-württembergische Präsidentschaft bei den „Vier Motoren“ verstrich nahezu taten-, jedenfalls völlig ergebnislos.

Was wird eigentlich aus der Donaunraumstrategie des Landes, Herr Ministerpräsident? Diese Donaunraumstrategie haben Sie mit keinem Wort gewürdigt. Baden-Württemberg spielt hier für einen Lebensraum, in dem 115 Millionen Menschen zu Hause sind, eine zentrale Rolle. Gerade wenn wir sehen, dass im südöstlichen Europa Tendenzen entstehen, sich von Europa abzuwenden – in Ungarn und auch in Österreich –, dann wäre doch heute der richtige Moment gewesen, um mit der Donaunraumstrategie zu begründen, warum Baden-Württemberg an der Spitze derer stehen muss, die für Europa und gegen die Europaskeptiker kämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP
– Zuruf: Sehr richtig!)

Deswegen reicht eben eine defensive und immer nur rechtfertigende Europapolitik nicht aus. Wir brauchen an manchen Stellen mehr Europa. Das bedeutet für die deutsche Politik auch, wie es im Grundgesetz steht, dass Aufgaben nach Europa abzugeben sind, wenn es dem Ganzen dient. Es ist das Dilemma der Regierung Kretschmann, von Grünen und CDU, dass sie das im Innersten eigentlich nicht wollen. Oder die Ziele von Grünen und CDU liegen wieder einmal derart weit auseinander, dass man sich eben nur auf ein Stillhalten verständigen kann, und das ist fatal. Wenn Baden-Württemberg bei allen Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden nur mauert, ist unser Land kein Motor Europas, sondern ein Bremsklotz. Da hilft dann auch kein Leitbild, da hilft auch keine Regierungsinformation im Landtag, die wie eine Sonntagsrede mit Präsenzpflicht daherkommt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft Europas – davon sind wir Sozialdemokraten überzeugt – entscheidet über die Zukunft Baden-Württembergs und ganz Deutschlands. Ein starkes, ein souveränes und gerechtes Europa liegt in unserem ureigenen Interesse. Europa ist aus einer Vision entstanden, und so, wie es entstand, müssen wir auch weitermachen. Visionen sind ein erster Schritt, dem zwangsläufig ein zweiter folgen muss. Wir schließen uns auch ausdrücklich den Forderungen im Elysée-Vertrag an. Wir stehen zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, und wir wollen einen eigenen Haushalt der Eurozone unter dem Haushaltsschirm des Europäischen Parlaments.

Die Europäische Union entstand aus der Erfahrung aus Jahrhunderten voller Kriege, vor allem aber der beiden Weltkriege. Sie ist eine Friedensunion, aber sie ist weit mehr als das. Sie ist auch weit mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt mit ähnlichen Wirtschafts- und Sozialstaatsmodellen. Sie ist eine

Werteunion – das wurde heute zu Recht bereits erwähnt. Das gemeinsame europäische Haus ist heute größer denn je, es ist aber noch lange nicht fertig. Es kann auch noch gar nicht fertig sein. Wir sollten den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch sagen, was die Europäische Union als Zukunft haben muss.

Europa zu leben heißt auch, europäisch zu denken. Die Aussagen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik brauche ich, glaube ich, nicht noch einmal zu wiederholen. Wir haben die Aufgabe, uns für eine multilaterale Friedensordnung der Welt starkzumachen. Denn wenn die USA und Russland in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Strategie die multilaterale Perspektive zugunsten nationaler Egoismen aufgeben, muss eben die EU der Gegenpol sein.

Die EU muss auch politischer werden, und das im Interesse unseres Heimatlands Baden-Württemberg. Wir brauchen eine europäischere Politik, an der Baden-Württemberg auch aktiv teilnimmt. Ich sage Ihnen: Wenn wir die Menschen fragen, werden wir an vielen Stellen auch bestärkt.

Sie haben in Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, mit keinem Wort die Notwendigkeit eines sozialeren Europas angesprochen. Wir brauchen auch die Beschreibung eines sozialen Europas, das seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davor schützt, dass im Zuge des globalen Wettbewerbs unsere sozialen Standards ausgehöhlt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Wettbewerb der Unternehmen in Europa darf nicht über schlechte Arbeitsbedingungen ausgetragen werden. Die Säule sozialer Rechte muss eine Säule Europas sein. Notwendig sind eben die Achtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und auch die Beachtung von Umweltstandards und Menschenrechten. Gerade in den ärmeren Ländern darf es keinen Wettlauf um schlechtere Arbeitsbedingungen geben. Hier steht ein Baden-Württemberg für ein stärkeres und vor allem gerechteres Europa ein.

Eine Studie, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben hat, hat übrigens ergeben, dass drei Viertel der Befragten gemeinsame soziale Standards in Europa als wünschenswert ansehen – eine Schutzklausel für Sozialsysteme. Die Menschen wollen ein gerechteres, ein soziales Europa, ein Europa der Solidarität, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um Europa geht, müssen wir großzügiger werden – nicht mit dem Geldbeutel, sondern mit dem Kopf und mit dem Herzen. Großzügig müssen wir darin sein, unsere Interessen öfter mit der gemeinsamen europäischen Sache in Einklang zu bringen, weil kein Land so von diesem Europa profitiert wie Deutschland und weil in Deutschland wiederum kaum ein Land so sehr von Europa profitiert wie Baden-Württemberg.

Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird, wenn es uns gelingt, als demokratische und überzeugte Europäer zusammenzustehen und Europa nicht nur zu beschwören, wie es heute allzu oft der Fall war, sondern es auch tatsächlich zu leben, wenn es uns gelingt, dass die Menschen in unserem Land nicht auf Lügen über Europa hereinfliegen, wie es im Vorfeld des Brexits geschehen ist. Gelingen wird das auch, wenn

(Andreas Stoch)

Europa politischer wird und wenn wir uns alle bewusst dafür entscheiden, stärker als bisher europäisch zu denken und zu handeln.

Europa wird nicht nur in Baden-Württemberg gemacht, aber wir können weit mehr tun als diese Landesregierung. Wir können und müssen unsere Kreativität, unseren Fleiß, aber auch unseren Mut in dieses stärkere Europa einbringen. Das muss unser Leitbild sein, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus angemessen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, in der aktuellen Situation – zu Beginn eines Europawahljahrs, angesichts eines in vielen europäischen Staaten aufkommenden Nationalpopulismus und in der jetzigen unklaren Lage, wie es mit Großbritannien weitergeht – eine solche Regierungserklärung, eine solche Regierungsinformation abgeben.

Ich kann für die FDP/DVP-Fraktion sagen: Wenn sich das Parlament von Westminster nicht auf einen Brexit einigen kann, dann wäre es mit Sicherheit das Beste für Großbritannien – und das Beste für Europa –, einfach in der Europäischen Union zu verbleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Wir haben das nicht in der Hand. Insofern können wir am heutigen Tag nur eine Positionsbestimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Thema Europa vornehmen, und dazu soll diese Debatte dienen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Bezug auf die Landesverfassung deutlich gemacht: Ja, Europa steht am Scheideweg. Es gibt eine Orientierungskrise in Europa. Aber für uns muss klar sein: Europa ist Teil der Staatsräson des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber doch nicht die EU!)

Und wenn Europa Teil der Staatsräson des Landes Baden-Württemberg ist, dann müssen wir auch versuchen, gemeinsam deutlich zu machen, dass unser Ziel bei der Europawahl ist, tatsächlich – so, wie Sie es formuliert haben – das Signal zu setzen, das vereinte Europa weiterzuentwickeln. Unsere Zielsetzung kann nicht ein Rückfall in das alte Europa des Nationalismus und der Kriege, in das Europa des 19. Jahrhunderts sein, sondern muss Kooperation sein, und dies in besonderer Weise für das Land Baden-Württemberg.

Denn bei allen Schwierigkeiten, die es gibt, bei aller Kritik, die auch wir am real existierenden politischen Betrieb in Brüssel haben, muss schon eines klar sein: Europa hat uns ein Menschenleben an Frieden gebracht. Eine solche Phase gab es in der europäischen Geschichte noch nie.

Gerade die exportorientierte Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg ist auf Offenheit angewiesen, ist darauf ange-

wiesen, dass es nicht mehr, sondern weniger Handelshemmnisse gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es notwendig, sich klar zum Weg der Offenheit zu bekennen – und nicht zum Nationalpopulismus etwa der italienischen, der polnischen, der ungarischen Regierung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der AfD, jetzt die Möglichkeit eines „Dexit“ in Ihr Parteiprogramm hineingeschrieben haben, die Möglichkeit, Deutschland aus der Europäischen Union herauszuführen, dann machen Sie deutlich, dass Ihre Partei eine Gefahr für das Interesse des Landes Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der AfD)

Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident: „Wir brauchen ein Europa der Werte.“ Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind bei den meisten Fraktionen in diesem Parlament nicht umstritten.

Was aber problematisch ist, worüber wir vielleicht diskutieren müssten und wo mir etwas konkretere Angaben gefehlt haben, was Sie sich da vorstellen, ist, wenn Sie davon reden: „Wir brauchen weniger Einstimmigkeit und mehr Mehrheitsentscheidungen in Europa.“ Darüber kann man schon reden, aber es muss eines klar sein: Es darf am Ende dabei nicht herauskommen, dass Luxemburg oder Malta dieselbe Stimmkraft haben wie Deutschland.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bravo!)

Und es sollte dabei auch nicht herauskommen, dass noch mehr obskure Grenzwerte beschlossen werden wie der, unter dem wir jetzt in Stuttgart leiden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bravo!)

Denn es darf nicht sein, dass es in irgendwelchen intransparenten europäischen Prozessen zu Entwicklungen kommt, die absolut nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg sind.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg, den Dieselfahrern in der Region das Autofahren zu verbieten, und es ist nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg, auf diese Art und Weise einen Anschlag auf die wichtigste Industrie, die die Arbeitsplätze und den Wohlstand in Baden-Württemberg sichert, zu verüben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Weiter muss klar sein: Am Ende dieses Prozesses darf nicht das Ergebnis stehen, dass eine Europäische Kommission, die in ihrer Mehrheit erkennbar wirtschaftsfeindlich ist, die Macht in den Händen hält.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Es gibt Ausnahmen – ich sage das sehr deutlich –:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Klasse!)

Günther Oettinger ist für mich eine Ausnahme; Margrethe Vestager auch. Aber die Mehrheit dieser Kommission ist erkennbar wirtschaftsfeindlich, und es ist nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg, wenn die baden-württembergische Landespolitik am Ende von dieser Kommission betrieben wird.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich – wenn ich es interpretieren darf – zu einer Wechselwirkung zwischen Subsidiarität auf der einen Seite und Kooperation auf der anderen Seite bekannt. Das ist sicherlich richtig. Wir brauchen in vielen Bereichen Zusammenarbeit.

Wir werden das Thema Migration nicht bewältigen können, wenn jeder europäische Staat, wenn vielleicht sogar jede europäische Region ihre eigene Migrationspolitik betreibt. Wir werden auch beim Thema Digitalisierung besser vorankommen, wenn wir kooperieren, und auch der Emissionshandel wird nur auf europäischer Ebene funktionieren können.

Für meine Fraktion bekenne ich mich auch klar zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa. Auch das gehört zu unserer Staatsräson.

Aber in anderen Bereichen brauchen wir mehr Subsidiarität. Sie haben es angesprochen: Es ist nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg, wenn Kreissparkassen oder Volksbanken demselben Rettungsschirm, demselben Bankennmuster unterliegen wie die Großbanken. Hier muss deutlich werden, dass wir im Interesse des Mittelstands die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was in Ihrer Regierungsinformation, Herr Ministerpräsident, gefehlt hat – das ist für einen Grünen bemerkenswert –, war das Thema Energiepolitik. Dazu haben wir Aussagen vermisst. Wie stellen Sie sich denn die Energiepolitik auf europäischer Ebene vor? Oder stellen Sie sich gar keine Energiepolitik auf europäischer Ebene vor, weil man vielleicht glaubt, in einer Art Klimanationalismus das Problem des Klimawandels national oder vielleicht sogar auf baden-württembergischer Ebene lösen zu können? Oder gehen Sie davon aus, dass ein deutscher Sonderweg oder vielleicht sogar ein baden-württembergischer Sonderweg bei der Energiepolitik, bei der Energiewende zielführend ist nach dem Motto „Wir stellen möglichst viele Windräder dort auf, wo möglichst wenig Wind weht“?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das ist ja eher Ihre Energiepolitik. Die ist jedoch mit Sicherheit nicht zielführend. Ich würde schon erwarten, dass wir allmählich dahin kommen, zu erkennen, dass wir eine europäische Energiepolitik brauchen und in diesem Bereich mit den anderen europäischen Staaten kooperieren müssen. Denn sonst wird diese Energiewende nicht gelingen; sonst fahren Sie die Energiewende an die Wand, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Kooperation bedeutet Technologieoffenheit, und zwar auch in der Verkehrspolitik. Es muss deutlich werden, dass es absolut im Interesse des Landes Baden-Württemberg und seiner Wirtschaft ist, nicht etwa zu erklären, alle müssten mit Elektromobilen unterwegs sein – ohne dass es die entsprechende Ladeinfrastruktur gibt –, sondern sich in einem Flächenland wie Baden-Württemberg deutlich dazu zu bekennen: Wir brauchen den Verbrennungsmotor noch viele Jahre. Von einem baden-württembergischen Ministerpräsidenten würde ich im Interesse dieses Landes ein solches Bekenntnis erwarten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Sie haben dann von der Bürgerbeteiligung berichtet. Kollege Stoch hat das auch schon angesprochen und gesagt, es wäre wünschenswert gewesen, diese Bürgerbeteiligung nicht so im Geheimen abzuhalten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Die Opposition hat davon nichts erfahren.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Zufallsbürger!)

Sie haben dann gesagt, Sie hätten dieses Projekt mit Zufallsbürgern gemacht. Da besteht dann natürlich auch die Gefahr, dass Zufallsergebnisse herauskommen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen – jedenfalls haben wir bislang noch nicht viel gehört. Gut, Sie haben jetzt berichtet, die Grundstimmung in Bezug auf die EU sei positiv. Das ist erfreulich. Sie haben aber auch berichtet, dass die Leute sagen, die EU solle nicht überall präsent sein. Ich zitiere Sie: „Es wurde auch Kritik geäußert.“

(Zuruf von der AfD: Ach nein!)

Ja, welche Kritik, Herr Ministerpräsident? In Ihrer Regierungsinformation haben Sie diese nicht genannt; Sie haben nur gesagt: „Es wurde auch Kritik geäußert.“ Wenn Sie schon einen solchen Bürgerbeteiligungsprozess machen, wenn Sie die Bürgerbeteiligung so hochhalten und wenn Sie nun schon wieder mit Ihrer „Politik des Gehörtwerdens“ anfangen – obwohl dies im Redemanuskript gar nicht steht –, dann würde ich erwarten, Herr Ministerpräsident, dass Sie die Bürgerkritik ernst nehmen und zumindest benennen, was die Bürger denn kritisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen sagen, was ich als Grund vermute: Es passt eben nicht zur grünen Ideologie.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Wahrscheinlich haben die Leute gesagt: Europa ja, aber Schuldenunion nein. Es geht um das, was Sie beispielsweise während der Verhandlungen zur Jamaikakoalition vertreten haben – deshalb sind diese Verhandlungen ja auch zu Recht gescheitert; denn wir machen die Schuldenunion nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Insofern kann ich bilanzierend sagen: Natürlich ist Europa Teil unserer Staatsräson. Europa hat uns Frieden gebracht, Europa hat uns Wohlstand gebracht; deshalb gehen wir diesen Weg auch weiter. Was wir aber vermeiden wollen, sind Auswüchse; was wir vermeiden wollen, sind Fehlentwicklungen. Deshalb muss es auch weiterhin möglich sein, im Wege der Subsidiarität dort Eigenverantwortung wahrzunehmen, wo unsere Interessen möglicherweise andere sind als in anderen Regionen Europas.

In jedem Fall wird es bei der Europawahl im Mai notwendig sein, ein klares Signal zu setzen, nämlich das Signal: Wir wollen weitermachen mit einem Europa der Integration, mit dem Friedensprojekt Europa, mit dem Wohlstandsprojekt Europa, und wir müssen dem Nationalpopulismus und der Repatriotisierung, von der manche so erzählen, dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert, eine Absage erteilen. Das muss das Ergebnis dieser Europawahl sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Europaminister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für diese breite europapolitische Diskussion – auch wenn sich die Reihen inzwischen etwas gelichtet haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich finde aber, es ist wichtig, gerade in einer Zeit, in der mit Blick auf Europa sehr viel Irritation entsteht, in einer Zeit, da man in anderen europäischen Ländern über einen Austritt nicht nur nachdenkt, sondern diesen auch beschließt und – aktuell chaotisch – organisiert, eine europäische Standortbestimmung vorzunehmen und sich vor Augen zu führen, von welcher europapolitischen Perspektive wir ausgehen.

Deshalb ist sowohl diese Debatte als auch das von der Landesregierung initiierte Europaleitbild in erster Linie – das ist sinnvoll und richtig – eine Standortbestimmung: Wo stehen wir in Baden-Württemberg als leidenschaftliche Europäer? Wohin wollen wir? Allein deshalb hat sich dieser Prozess rentiert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir haben uns, ausgehend von dem von der Kommission angestoßenen Weißbuchprozess, leiten lassen, einen Prozess mit breiter Beteiligung auf den Weg zu bringen. Während es um den Weißbuchprozess etwas ruhig geworden ist, ist es uns gelungen, im Rahmen des Leitbildprozesses in Baden-Württemberg tatsächliche Partizipation zu ermöglichen.

Für die Bevölkerung unseres Landes, aber vor allem auch für dieses Parlament geht es natürlich darum, sich klar zu positionieren, wie wir uns die Zukunft Baden-Württembergs vorstellen. Ein starkes und erfolgreiches Baden-Württemberg braucht den europäischen Rahmen, braucht die Partnerschaft mit unseren europäischen Nachbarn. Für Europa zu sein – das

hat der Ministerpräsident auch angesprochen – ist deswegen nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch des Patriotismus.

Lieber Kollege Stoch, ich gebe Ihnen vollumfänglich recht, wenn Sie sagen: „Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Lösung vieler Probleme.“ Wer das bislang bezweifelt haben sollte, dem sei ein Blick nach Großbritannien angeraten, wo sich nun zeigt, welche Vielfalt von Problemen, von teilweise unlösbaren Problemen sich die britischen Freunde durch die Entscheidung für den Brexit selbst eingehandelt haben. Europa ist die Lösung vieler Probleme – davon sollten wir uns leiten lassen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Europadialog hat gezeigt, dass die Notwendigkeit der europäischen Integration auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern, von vielen Experten und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen in unserem Land genauso gesehen wird.

Angesprochen wurde auch, dass die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Landesregierung – Staatsministerium einerseits, Europaministerium andererseits – so eine Sache sei. Es wurde gefragt, ob das nun auch wirklich Ausdruck dieses festen Bewusstseins für Europa und des Willens zu Europa sei. Ich finde, gerade dieser Leitbildprozess hat gezeigt, dass wir innerhalb der Landesregierung sehr gut zusammenarbeiten und dass wir dieses Leitbild durchaus in der Selbstverantwortung verfasst haben, uns innerhalb der Regierung Aufgaben für die Zukunft vorzunehmen. Auch wir wollen noch besser werden, wenn es um die Zukunft Europas geht.

Wie genau die Zukunft Europas aussehen soll, ist vielfach unklar. Deshalb lohnt es sich, über die Zukunft der EU zu sprechen. Dabei ging es überhaupt nicht – das wurde heute mehrfach angesprochen; ich will es konkretisieren – um Veranstaltungen, die ausschließlich der Schönfärberei gedient hätten, der Schönfärberei eines europäischen Projekts, sondern das waren Dialoge, die Plattformen dafür boten, auch kritisch über manche Entwicklungen in Europa zu diskutieren.

Lieber Kollege Rülke, auch uns hat in diesen Dialogen der Dauerbrenner der europäischen Datenschutz-Grundverordnung begleitet. In der heutigen Ausgestaltung ist das für viele in der Gesellschaft ein Problem. Es ist uns hoffentlich gelungen, deutlich zu machen, dass dies im Grundsatz ein richtiger Weg ist, aber dass man mit der Einbeziehung vieler, auch kleiner und mittlerer Unternehmen und mit der Einbeziehung vieler Vereine vielleicht des Guten zu viel getan hat und dass es hier Korrekturen geben muss.

Wir haben innerhalb des Leitbilds übrigens auch Schemata zusammengestellt, die aufzeigen sollen, in welchen Bereichen die EU – entlang der Ergebnisse aus den Bürgerdialogen – Baden-Württemberg eher nützt oder eher schadet. Das ist hier explizit benannt, sodass man nachvollziehen kann, wo die Menschen auch konkrete Probleme innerhalb dieser Europäischen Union sehen. Dass es – das beklage ich in gleicher Weise – häufig zu kompliziert ist, z. B. Antragsprozesse zu bestehen, um an irgendwelche europäischen Fördergelder zu kommen, ist ebenfalls zutreffend. Auch darüber haben wir in die-

(Minister Guido Wolf)

sen Dialogen befunden; auch da gibt es von uns klare Botschaften an die Kommission.

Natürlich kann vieles in der Arbeit der Europäischen Union verbessert werden. Wir arbeiten daran, hier in Stuttgart ebenso wie über unsere Landesvertretung in Brüssel. Nur, eines ist dabei klar, liebe Kolleginnen und Kollegen – das sage ich auch mit Blick auf manche Nebensätze, die heute in der Debatte gefallen sind –: Wir wollen die EU besser machen, nicht abschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Wir wollen Verantwortung in Europa übernehmen und uns nicht um die Verantwortung drücken. Kritik ist dabei hilfreich und willkommen, wenn sie konstruktiv ist. Wir wollen eine Kritik, die zum Ziel hat, Europa besser zu machen, nicht eine Kritik, die zum Ziel hat, Europa abzuschaffen. Denn unsere Demokratie braucht Debatten – gern auch lebhaftere Debatten. Eine sachliche Auseinandersetzung über die Zukunft der Europäischen Union ist auch die Lehre aus dem Brexit-Chaos. In Großbritannien ist diese Diskussion leider nie ernsthaft geführt worden. Stattdessen sind die Bürgerinnen und Bürger mit populistischen Positionen in die Irre geführt worden mit dem abwegigen Versprechen, Großbritannien werde es ohne die EU besser gehen.

Mittlerweile mehren sich auf der Insel die Zweifel. Viele Briten überkommt sogar die pure Verzweiflung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn Sie vor der chaotischen Diskussion und Entwicklung hinsichtlich des Brexits über einen „Dexit“ gesprochen hätten, dann hätte man Ihnen möglicherweise nur Fahrlässigkeit vorwerfen können. Wer es aber tut – angesichts des erkennbaren Chaos in Großbritannien – und dabei gleichzeitig auch für Deutschland den Austritt in den Raum stellt, wer mit dem „Dexit“ immer wieder winkt, der muss sich vorwerfen lassen: Er will ihn nicht verhindern, er will ihn realisieren, er will das Chaos in Deutschland, wie wir es in Großbritannien sehen. Das ist verwerflich.

(Zuruf von der AfD)

Das wollen wir nicht. Dem treten wir entschieden entgegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die Europäische Union von heute ist das Ergebnis eines schrittweisen Prozesses, der vor fast 70 Jahren begonnen hat. Weltweit gibt es keinen vergleichbaren Zusammenschluss, der einen solchen Anspruch hat, Frieden, Werte, Wohlstand und Sicherheit zu erreichen und zu wahren.

Wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht, müssen wir diesen Anspruch ins digitale Zeitalter übersetzen, müssen wir Ideen entwickeln, die Zusammenhalt sichern, und dennoch Eigenständigkeit zulassen.

Meine Damen und Herren, aus dem Europadialog kamen sehr unterschiedliche Sichtweisen, Ideen, Anregungen und Wünsche. Ganz oben auf der Wunschliste stand eine stärkere Rückbesinnung auf die grundlegenden Werte und Errungenschaften der Europäischen Union.

Ich habe sogar den Eindruck, dass nach Auffassung der Menschen manchmal zu viel über Warenverkehr und Binnenmarkt und ökonomische Aspekte diskutiert wird und dass ihnen diese Wertefragen sehr viel wertvoller und wichtiger sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für manche mag das wie Selbstverständlichkeiten klingen. Aber wir sehen ja in der Europäischen Union, dass einige Länder zumindest unterwegs sind, sich auch von diesen Werten zu verabschieden.

Natürlich lasse ich die Kritik gelten – wir haben uns auch mit dieser Frage auseinandergesetzt –, ob wir in diesem Leitbild nicht noch stärker eine europäische Vision hätten entwickeln müssen oder ob es in erster Linie darum geht, zu konsolidieren, darauf aufmerksam zu machen, was Europa in Jahren und Jahrzehnten stark gemacht hat, was wir weiterentwickeln und fortsetzen wollen. Auch das kann sinnvoll und wichtig sein.

Die Architektur des Hauses Europa ist aktuell nicht so stabil, dass wir uns über die Errichtung eines weiteren Obergeschosses unterhalten sollten. Nach meiner Überzeugung geht es mehr denn je darum, uns um die Sicherung des Fundaments des europäischen Hauses zu kümmern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn selbstverständlich ist in diesem Europa gar nichts. Das gilt für die Grundlagen unseres Lebens, nämlich Frieden, Stabilität und Sicherheit. Das gilt für die Pflege unserer christlichen abendländischen Wurzeln, und das gilt für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Sie sind die Grundlage eines geordneten, respektvollen Zusammenlebens in der Europäischen Union.

Dort, wo unsere gemeinsamen Prinzipien verletzt werden, müssen wir hinschauen und handeln. Wir dürfen es nicht schicksalsergeben zulassen, dass sich einzelne Länder von der Neutralität der Justiz verabschieden, und wir dürfen es auch nicht schicksalsergeben zulassen, dass man etwa in Rumänien auf dem Weg ist, Korruption jetzt auch wieder straffrei zu stellen.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das hat mit einem rechtsstaatlichen Europa nach unserem Verständnis nichts zu tun, und wer sich daran nicht halten will, der hat in diesem Europa keinen Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Diese rechtsstaatlichen Prinzipien sind die Grundlage eines geordneten, respektvollen Zusammenlebens in der Europäischen Union. Dort, wo unsere gemeinsamen Prinzipien verletzt werden, müssen wir hinschauen und handeln. Das Verfahren bei Verletzung der EU-Grundwerte nach Artikel 7 war uns deshalb auch beim Leitbild wichtig. Denn eine Europäische Union, die zu ihren Werten steht, muss sie auch verteidigen können – nach außen, aber auch nach innen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, bei dieser Debatte unter dem Aspekt der Verteidigung von Werten

(Minister Guido Wolf)

nach außen wie nach innen aktuelle Äußerungen zweier Mitglieder dieses Hauses aufzugreifen – auch wenn sie heute infolge der Entscheidung der Präsidentin nicht persönlich anwesend sein können. In aller Deutlichkeit: Wer baden-württembergische Richter mit der Unrechtsjustiz der DDR vergleicht, wer unseren Verfassungsgerichtshof als politisches Instrument verunglimpft, der hat jedes Maß verloren. Ich weise das mit Nachdruck zurück.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wer das tut, legt die Axt an die Wurzeln unseres Rechtsstaats, der gefährdet Recht und Freiheit. Eine solche Aggression gegen die Unabhängigkeit der Justiz zeigt, dass manche hier doch mehr mit Putins Russland gemein haben als mit unserer deutschen Demokratie. Der Unterschied ist übrigens ganz einfach zu erkennen: Bei Putin würde man für derart abweichende Meinungen ins Gefängnis geworfen. Hier können Sie sagen, was Sie denken – eine Errungenschaft der Meinungsfreiheit.

(Zuruf: So ist es!)

Aber einen solchen Umgang mit unserem Rechtsstaat in der Art, wie wir ihn in diesen Tagen erlebt haben, müssen wir zurückweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, unser Leitbild hat sich auch mit der europäischen Aufgabenverteilung befasst. Im Inneren braucht die Europäische Union der Zukunft eine klarere Kompetenzverteilung. Wir wollen eine EU, die von unten nach oben aufgebaut ist, eine EU – das wurde mehrfach angesprochen; ich höre und sehe auch niemanden, der ernsthafte Zweifel daran in diesem Haus anmeldet –, in der das Subsidiaritätsprinzip nicht nur in Sonntagsreden vorkommt. Ich sage in aller Deutlichkeit: Da haben wir auch Anlass zur Kritik. Dieses Subsidiaritätsprinzip wird in allen großen europapolitischen Debatten hochgehalten. Wenn es aber konkret wird, müssen wir immer wieder feststellen, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten wird.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Das benenne ich so deutlich, und damit halte ich auch nicht hinter dem Berg. Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir uns in der Brüsseler Taskforce Subsidiarität eingebracht; passiert ist hier aber noch zu wenig. Und wer die Akzeptanz für Europa steigern will, der muss noch stärker darauf achten, dass die Aufgaben richtigerweise dort erledigt werden, wo sie am besten erledigt werden können, nämlich nahe bei den Bürgern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der AfD)

Kommunen, Regionen und Länder brauchen Gestaltungsspielräume, denn sie stehen für Bürgernähe und die Sachkenntnis vor Ort. Die EU von morgen braucht eine funktionierende Aufgabenpyramide mit einem starken Fundament bei den Kommunen und Regionen sowie einer auf die großen Aufgaben konzentrierten Spitze bei der Europäischen Union.

Viele der großen Megatrends der Zukunft erfordern europäische Antworten, weil die Nationalstaaten allein damit überfordert wären. Die Digitalisierung ist ein Beispiel, über das heute vielfach diskutiert wurde. Wer hier davon ausgeht, dass ein Rückzug ins Nationale uns schlagkräftiger, stärker machen könnte, der befindet sich wahrlich auf dem Holzweg.

Nur zusammen werden wir beim rasanten Wettlauf um Innovationen vorn mitlaufen und nicht hinterherhinken. Nur zusammen wird es uns gelingen, Standards zu setzen, die unsere Art, zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten, im digitalen Zeitalter bewahren. Fast 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Welt unübersichtlicher denn je geworden.

Die Europäische Union ist ein Ort des Friedens und der Stabilität. Konflikte prägen jedoch bereits unsere Nachbarschaft – von der Ukraine über den Nahen Osten bis hin nach Nordafrika. Eine stärkere Rolle der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ist notwendig, um Stabilität und Frieden zu exportieren.

Diese stärkere Rolle ist auch der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger beim Leitbildprozess gewesen. Sie können sich langfristig sogar eine richtige europäische Armee vorstellen.

Wenn einzelne Staaten bei solchen Themen vorangehen wollen, wenn Staaten sich thematisch klar umgrenzt innerhalb der Europäischen Union zusammentun wollen, dann sollten wir dies zulassen. Wir sollten Raum für Experimente schaffen und Raum lassen für Nachahmer, für Staaten, die sich erst später anschließen wollen. Das ist auch das Prinzip der unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Das Europa der 27 ist viel zu vielfältig, um im Gleichschritt zu marschieren. Aber das Europa der 27 muss einig genug sein, um das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wieder wird die Europäische Union im Inneren erschüttert – von Terrorakten wie in Straßburg vor Weihnachten, von Gewalttaten wie dem Mord am Danziger Oberbürgermeister. Dabei zeigt sich, wie verletzlich unsere Freiheit ist. Es zeigt sich aber auch, welche gemeinsamen Werte und Überzeugungen uns verbinden, wie stark der Zusammenhalt innerhalb der EU längst ist. Diesen Zusammenhalt gilt es auch im Alltag zu stärken.

Ein Anliegen der Akteure des Europadialogs war deshalb, die Menschen über Grenzen hinweg zusammenzubringen, Austauschprogramme zu befördern, die diese Begegnung ermöglichen – nicht nur für die akademische Jugend im Rahmen von Erasmus+, sondern für alle gesellschaftlichen Gruppen; auch die Senioren haben die Förderung solcher Austauschprogramme für sich reklamiert. Ich glaube, wir müssen Wege finden, um Begegnungen und Freundschaft in Europa zu befördern. Das schafft europäische Akzeptanz und Perspektive.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Klos?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Danke für das Zulassen der Zwischenfrage, Herr Minister. – Sie haben vorhin von den Inter-

(Rüdiger Klos)

essen der einzelnen Nationen gesprochen. Ich denke, dass Sie dem Satz von Bismarck zustimmen: „Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen.“

Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund z. B. die Angriffe der südlichen Länder, insbesondere von Italien, den Griff auf unsere Einlagensicherungssysteme? Da können wir doch nicht einfach sagen: „Aus europäischem Interesse lassen wir den Griff auf unsere Reserven zu.“ Wie sehen Sie diesen konkreten Fall?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Kollege Klos, ich glaube, wir sind uns völlig einig, dass wir so ein europäisches Einlagensicherungssystem nicht wollen. Da hat sich diese Landesregierung zu jeder Zeit klar positioniert. Wir wollen gerade nicht die von Ihnen soeben beschriebene Wirkung. Wir wollen die Instrumente schaffen, dass jedes Land die Chance hat, sein eigenes Sicherungssystem aufzubauen. Wir wollen aber eben nicht dauerhaft ein System der gegenseitigen Haftungsübernahme. Deswegen haben wir ein solches europäisches Einlagensicherungssystem immer abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist bei Austauschprogrammen beispielhaft. Bei uns wird Europa an vielen Orten im Alltag gelebt – über Städtepartnerschaften, Schüleraustausche und Hochschulkooperationen. Der Ministerpräsident hat den Bürgerinnen und Bürgern gedankt, die sich an den Bürgerdialogen beteiligt haben. Ich will das in gleicher Weise tun.

Ich will diesen Dank erweitern. Seit vielen Jahren arbeiten Hunderte von Menschen in Städtepartnerschaften, in Hochschulpartnerschaften und in Schulpartnerschaften für deutsch-französische, für europäische Freundschaft und Begegnung. Ich will all diesen in der Europaarbeit ehrenamtlich engagierten Menschen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen. Sie sind die Gesichter Europas.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will diesen Prozess um ein europäisches Leitbild mit der heutigen Debatte nicht beenden. Heute soll nicht Schlusspunkt der Entwicklung eines europäischen Bewusstseins sein. Das ist der Ausgangspunkt für die weitere Debatte über die Zukunft Europas im Land und in Brüssel.

Ich möchte die Expertenrunden, die wir im Zuge dieses Dialogs geschaffen haben, gern fortsetzen, auch unter Einbeziehung aller politischen Kräfte dieses Hauses – Herr Kollege Stoch, Herr Kollege Rülke und wer auch immer sich daran beteiligen möchte. Ich halte wenig davon, Europa parteipolitisch auseinanderzuidividieren. Wir sind in Europa in dem Maße stärker, in dem es uns gelingt, uns mit einer Stimme zu Europa zu äußern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus werde ich im September dieses Jahres eine Justizministerkonferenz im Donaunraum einberufen, weil es mir wichtig ist, Fragen der Rechtsstaatlichkeit zu diskutieren,

gerade in den Donaustaaten und natürlich auch in Weiterführung der von der Landesregierung betriebenen Donaunraumstrategie.

Für uns ist Europa ein Herzensanliegen. Wir wünschen uns ein Europa, wie es die zwölf Sterne der Europafahne versprechen, ein Europa in Einigkeit, das zusammensteht, ein Europa, das für Frieden und Freiheit eintritt, in Warschau und in Budapest ebenso wie gegenüber Moskau und Peking.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich muss die Redezeit der Fraktionen etwas verlängern,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! Das geht nicht!)

weil die CDU mehr beansprucht hat und auch die Regierung lange gesprochen hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt heute Grund, es nicht zu tun!)

– Genau. Das wollte ich gern anschließen. – Dann bedanke ich mich bei Ihnen, und wir beenden die Debatte zu Tagesordnungspunkt 1.

Herr Abg. Dr. Fiechtner möchte noch sprechen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Herr Ministerpräsident, fast hundert Mal kamen die Worte „Europa“ und „europäisch“ in Ihrer Rede vor. Doch was Sie meinen, sagen Sie nicht. Was ist Europa?

Professor Dr. Carina Sprungk sagte:

Was Europa ist, ist nicht eindeutig zu definieren. Wir können weder mit Bestimmtheit sagen, was der Ursprung des Wortes „Europa“ ist, noch, wo genau die Grenzen Europas liegen.

47 Länder zählen viele. Auf die Frage, was Europa ist, gibt es so viele Antworten, wie Menschen in der EU leben. So heißt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Genau daran krankt auch das System der Europäischen Union; denn die Zugangsvoraussetzungen sind eben nicht die gleichen. Am offensichtlichsten macht das die sogenannte gemeinsame Währung, die eben nur in 19 von 28 EU-Staaten zum Einsatz kommt.

Wer eine Wirtschafts- oder Wertegemeinschaft will, muss auch die gleichen Grundvoraussetzungen mitbringen, sonst ist Ärger vorprogrammiert. Doch stattdessen verfolgt man ein Wachstum der EU um jeden Preis.

Es gibt gute Gründe, der EU kritisch gegenüberzustehen: der aufgeblähte Verwaltungsapparat mit zwei Sitzen sowie unzählige fragliche Verordnungen. Aber auch die Vorliebe von Landes- und Bundespolitikern, unbeliebte politische Entscheidungen der EU in die Schuhe zu schieben, trägt zu einem schlechten Bild der EU bei.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Kurz hatte ich Hoffnung, dass Sie das Thema EU zur Chefsache machen. Das hätte Signalwirkung. Stattdessen fokussieren Sie sich auf Expertenkommissionen und überlassen Ihrer Staatsrätin die Bürgerdialoge. Wie diese abgelaufen sind, will ich besser gar nicht wissen. Denn die drei herausgearbeiteten Forderungen entsprechen „zufälligerweise“ genau den gegenwärtigen Zielen der EU.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich der durchschnittliche Bürger für Europa spontan eine europäische Armee wünscht. Falls doch, sollten wir am besten wieder direkt die Wehrpflicht einführen.

Dass das emissionsfreie Auto in Zukunft aus dem Ländle kommt, bezweifle ich, wenn die einfachen Arbeiter dank Ihrer Politik nicht mehr in die Stadt fahren dürfen.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Auch zeigt Ihre Rede, dass Sie die Digitalisierung nicht verstanden haben. Der digitale Markt kennt keine Grenzen.

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Es reicht doch jetzt!)

In einem sind wir uns jedoch hoffentlich alle einig: Die Länder dieser Welt sollten vereint sein im Hinblick auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frieden und humanitäre Interessen. Dass hier die EU mit ihren Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Rolle spielt, steht außer Frage.

Dennoch, Herr Ministerpräsident, bin ich mehr für das Prinzip der Kehrwoche, auf die Sie persönlich ja ebenfalls setzen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wenn Sie aber einen Tipp wollen, wie Sie Europa erfolgreich machen können, dann beschäftigen Sie sich am besten mit der phönizischen Königstochter.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können Tagesordnungspunkt 1 abschließen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kurze Beine, lange Wege – Grüne planen Schließung kleiner Grundschulen durch die Hintertür – beantragt von der Fraktion der SPD

Auch hierzu wurde eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Das ergibt dann eine Gesamtredezeit von 50 Minuten. Hinzu kommt die Redezeit der Regierung. Ich bitte Sie, das zu beachten.

Als Ersten darf ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei für die SPD-Fraktion aufrufen.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wo ist sie eigentlich geblieben, die Bildungskompetenz der Grünen? Eine Partei, die einmal aufge-

brochen war, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu streiten, zeichnet sich heute nur noch entweder durch ein bildungspolitisches Wachkoma oder durch den Raubbau am Bildungsetat aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Es war die grüne Finanzministerin Edith Sitzmann, die unmittelbar nach der Wahl verkündete, auch der Bildungsetat müsse Kürzungen akzeptieren – nach der Wahl, nicht vorher. Es waren die Grünen, die gegen den Widerstand von Opposition, Verbänden, Gewerkschaften die Streichung von über 1 000 Lehrerstellen durchgesetzt haben. Es sind die Grünen, die bei CDU-Nadelstichen gegenüber den Gemeinschaftsschulen einfach zusehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach, Quatsch!)

Und jetzt sind die Grünen scheinbar bereit, ohne System oder Vorbereitung die Axt an die Standorte von kleinen Grundschulen zu legen. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Meine Güte! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Musst du da nicht selbst lachen?)

Was ist passiert? Es gibt mal wieder Zoff bei Grün-Schwarz – so weit nichts Neues. Diesmal weigern sich die Grünen laut „Südwest Presse“ vom 19. Januar 2019, Schulleitungen kleiner Grundschulen besser zu bezahlen. Die bildungspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der Grünen, Kollegin Sandra Boser, spricht sich in diesem Artikel für eine Mindestgröße der Schulen bei einer möglichen Besoldungsanhebung aus. 40 Schüler in einer Schule sind ihr nicht genug.

Solche Misstöne in Richtung kleiner Grundschulen vonseiten der Grünen sind nicht neu. Ministerpräsident Kretschmann machte schon am 9. September 2017 im „Mannheimer Morgen“ deutlich, dass er längere Wege für Kinder für hinnehmbar hält.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hallo! „Kurze Beine, kurze Wege“!)

Angesichts dieser Haltung der Grünen müssen in über 100 Gemeinden im ländlichen Raum nun die Alarmglocken laut schrillen. Was hier nämlich droht, ist nichts anderes als ein grünes Schulschließungsprogramm für kleine Standorte durch die Hintertür.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir nähern uns der Faschingszeit! Die Faschingszeit naht! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der politische Aschermittwoch! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn was ist das Problem? Selbst der Landesrechnungshof empfahl 2016, für Schulleitungen tiefer in die Tasche zu greifen und schnell für echte Verbesserungen zu sorgen. Heute schreiben wir das Jahr 2019 – und umgesetzt wurde bislang nichts. Dabei ist die Lage akut. Den Job der Schulleitung wollen unter den aktuellen Bedingungen immer weniger machen –

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

viel Verantwortung, wenig Gestaltungsraum und finanziell, na ja. In der Folge sind derzeit 216 Schulen ohne Leitung. 143, also zwei Drittel davon, sind Grundschulen.

Reichlich verspätet rührt sich im Kultusministerium nun doch etwas. Der offizielle Sprech lautet: Schulleitungen sollen entlastet werden, mehr Zeit für Führungsaufgaben haben und endlich Wertschätzung erfahren. Wertschätzung!

Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, soll das eigentlich für kleine Grundschulen nicht gelten? Dort fallen die gleichen Aufgaben an wie bei den großen; nur sind Schulleitungen dort oftmals auch Hausmeister, Sekretärin, Klassenlehrer. Ihre Kollegien sind so klein, dass sie kaum etwas abgeben können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist Aufgabe der Kommune, das zu regeln!)

Aber am Ende des Monats haben sie gerade einmal 100 € mehr auf dem Konto. Nein, auch an dieser Stelle ist es höchste Zeit, etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

Nächste Frage: Warum sind kleine Grundschulen so wichtig? Bislang war es Konsens in diesem Haus, dass wir am Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ festhalten wollen. Es ist ein klassischer Zielkonflikt. Kleine Schulen unterliegen pädagogischen Einschränkungen. Gleichzeitig verbindet sich mit einem Grundschulstandort aber erstens die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch kurze Wegezeiten. Ein längerer Weg bedeutet früheres Aufstehen, bedeutet mehr Stress. Das mag mancher belächeln, das ist aber Alltag in den Familien.

Zweitens hängt für junge Familien die Attraktivität einer Gemeinde davon ab, ob sie eine Grundschule hat – ein knallharter Standortfaktor für den ländlichen Raum im Wettbewerb mit den großen Zentren.

Und schließlich geht es auch um eine bessere ökologische Bilanz durch kurze Wegstrecken. Es wäre doch an Absurdität nicht zu überbieten: Die Grünen erteilen in Stuttgart Fahrverbote, und auf dem Land könnten in Zukunft Kinder dank der Ökopartei nur noch mit dem Elterntaxi zur Schule kommen. Das wäre doch völlig daneben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Beifall bei der AfD!)

Und schließlich: Was wäre denn die Folge, wenn an kleinen Grundschulen schlechter bezahlt würde? Kollege Walter, fragen Sie sich doch mal selbst,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich stelle mir viele Fragen bei dieser Rede!)

welche Stelle für Sie interessant wäre, wenn Sie sich als Schulleiter bewerben wollten: die nach A 13 besoldete oder die nach A 12, diejenige, von der Sie wissen, dass Sie die Rückendeckung der Politik haben, oder diejenige, bei der Sie das Gefühl haben müssen, permanent unter dem Damoklesschwert einer Schließung zu arbeiten? Die Frage beantwortet sich von

selbst: weniger Geld, weniger Wertschätzung, weniger Bewerbungen, weniger Grundschulen.

Ich sage es noch einmal: Im Raum steht nichts anderes als ein grünes Schulschließungsprogramm durch die Hintertür.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Falsch!)

Mit einer verantwortungsvollen Schulentwicklungsstrategie hat das nichts zu tun. Entweder Sie drücken sich vor transparenten Aussagen zur regionalen Schulentwicklung, oder Sie zielen – noch schlimmer – auf einen schleichenden Tod der Grundschulen ab. Beides ist verantwortungslos, beides fördert weder die Qualität noch die Entwicklung im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Apropos Schulleitung: Wie sieht es denn bei den anderen Schulen aus? Der Streit blockiert weiterhin eine schnelle Hilfe für Schulleitungen. Da brennt auch an anderer Stelle zum Teil kräftig die Hütte. Obwohl im Konzept zur Stärkung von Schulleitungen einige wichtige Punkte angesprochen werden, kommt es zu spät und greift an einigen Stellen auch noch deutlich zu kurz.

Zwei Beispiele: Bei der Ausstattung von Schulleitungen wird weiterhin nicht zwischen Ganztagschulen und Halbtagschulen unterschieden – trotz eines deutlich höheren Organisationsaufwands beim Ganztagsbetrieb. Die 250 Schulkindergärten – als Zweites – kommen auch gar nicht vor. Vor allem ist nicht nachvollziehbar, warum die Maßnahmen erst zum nächsten Schuljahr kommen bzw. in Teilen sogar auf unbestimmte Zeit in die Zukunft geschoben werden sollen. Das geht doch so nicht.

Also, Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den Grünen: Hören Sie auf, Schulleitungen zu verunsichern. Schaffen Sie Transparenz über Ihre wahren Pläne: Halten Sie am Versprechen „Kurze Beine, kurze Wege“ fest oder nicht? Machen Sie Ihren Job! Handeln Sie zügig. Ziehen Sie das Schulleiterstärkungsprogramm vor. Und vor allem: Lassen Sie die Grundschule im Dorf.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Stefan Herre und Lars Patrick Berg AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Kollege Walter für die Grünen.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einigen Jahren habe ich ein Interview mit einem Psychologen gelesen. Das hat der Kollege von der SPD leider nicht gelesen. Danach treten über 90 % der Dinge,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

über die man sich Sorgen macht oder über die man sich ärgert, gar nicht ein. In diesem Fall ist es genauso. Sie ärgern sich über etwas. Ich weiß nicht, woher Sie das haben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aus der Zeitung! – Zuruf von der SPD: Die Grundschulen ärgern sich über Sie!)

(Jürgen Walter)

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, Ihre Haltung ist – Kollege Hofelich hat es ja verkündet –: „Die Grünen sind jetzt unser großer Gegner.“ Ihnen geht es gar nicht um den Inhalt, sondern Sie wollen sich selbst irgendwie gegenüber den Grünen profilieren.

Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt für uns – genauso wie für die CDU – nach wie vor.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Sprechblasen! Nichts als
Sprechblasen!)

Dieser Grundsatz steht aber nicht allein da; denn neben einer guten Erreichbarkeit – Sie haben den Zustand der Schulen geschildert und erklärt, wie viele Rektorenstellen nicht besetzt sind. Zu diesem Zustand ist es ja nicht erst in den letzten zweieinhalb Jahren gekommen, sondern es gab ihn auch schon, als Sie in der Regierung waren.

(Zuruf von der SPD: Sie aber auch! – Heiterkeit bei
der SPD)

Was ich bei Ihnen vermisse, meine Damen und Herren, ist das Weiterdenken, wie sich eine Schule entwickeln soll. Da geht es eben nicht nur um die Erreichbarkeit – diese ist uns sehr wichtig –, sondern auch um die Fragen: Welche Qualität haben unsere Schulen, und welche Qualität haben unsere Grundschulen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Gerade in Zeiten von Lehrermangel haben wir daher auch die Verantwortung, alle Strukturen und Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und ihre Umsetzbarkeit hin zu prüfen. Es gilt, ein gutes, regionales Angebot zu gewährleisten. Aber wir müssen gleichermaßen auch die Stärkung der Grundschulen insgesamt im Blick haben. Wir sollten uns schon die Frage stellen, ob wirklich jede eigenständige Grundschule notwendig ist,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

um den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ umzusetzen. Es geht auch nicht um die Räume, sondern es geht um die Strukturen: Wie kann ich die Strukturen und sozusagen die Regierung einer Schule verbessern, ohne dass ich an den Räumlichkeiten etwas verändere? Darüber muss man doch einmal diskutieren können.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich glaube, dass diesem Grundsatz auch weiterhin gefolgt werden kann, wenn man beispielsweise mehrere Grundschulen unter eine Leitung stellt und damit Synergien schafft. Dies kann aber auch ohne Eingriff – ich betone es noch einmal – in die räumlichen Gegebenheiten geschaffen werden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dies hat auch den Vorteil, dass man Vertretungssituationen besser regeln kann, die heute ein großes Problem darstellen, und auch dem fachfremden Unterricht entgegenwirken kann. Da sind Sie doch sicherlich auf unserer Seite. Gerade an kleinen Schulen, an denen nur zwei oder drei Lehrerinnen und

Lehrer eingesetzt sind, ist es oft enorm schwierig, Ausfälle zu kompensieren und aufzufangen.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ja! – Abg. Raimund Hasser CDU: Sehr richtig!)

Selbstverständlich ist dies nicht überall möglich, und so braucht es unserer Ansicht nach nicht nur Schulgrößen als Richtwert, sondern auch regionale Strukturen und damit auch die Berücksichtigung von Erreichbarkeit. Gerade für den ländlichen Raum, in dem der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ oftmals eine ganz andere Bedeutung hat als in der Stadt, gilt es, dies zu betrachten.

Neben einer guten Erreichbarkeit bedarf es unserer Ansicht nach aber auch einer besseren Unterstützung der Grundschulen bei der Bewältigung ihrer unterschiedlichen Herausforderungen und Aufgaben. Um die Grundschulen in ihrer Qualität weiter zu stärken und bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen zu unterstützen, bedarf es einer guten Lehrerversorgung. Diese erreichen wir nur dann, wenn wir mit dem knappen Gut „Lehrerinnen und Lehrer“ nachhaltig und effizient umgehen.

Wir wollen die Grundschulen in Zukunft zudem noch stärker für weiteres Personal öffnen. Die Schulsozialarbeit leistet schon heute wichtige Unterstützung. Mit der Einbeziehung von Sonderpädagogen, Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erziehern und anderen können die Grundschulen bei ihren vielfältigen Aufgaben zukünftig noch besser unterstützt werden. Dass dies erfolgreich gelingt, haben wir erst vor zwei Wochen mit unserem Arbeitskreis bei einem Besuch der Vogelstangschule in Mannheim erleben dürfen.

Die Stärkung der Schulleitungen wurde zu Recht angesprochen. Sie ist für uns nicht nur für die Grundschulen, sondern für alle Schularten eine wichtige Qualitätsmaßnahme. So ist es für uns eines der wichtigen Ziele, die Stärkung von Schulleitungsteams zu erreichen. Um dies zu erreichen, brauchen wir mehr Möglichkeiten, Schulleitungsteams überhaupt zu bilden. Wir begrüßen es daher sehr, dass es in Zukunft auch an Realschulen und an Gemeinschaftsschulen Abteilungsleiter gibt, die der Schulleitung neben dem Konrektor zur Seite stehen und sie bei ihrer Arbeit unterstützen.

Wir halten es langfristig für dringend notwendig, den Schulen wieder ein Entlastungskontingent zur Verfügung zu stellen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig!)

über das Aufgaben der Schule in dem betreffenden Kollegium ordentlich verteilt werden können. Die Kürzung des Entlastungskontingents in der vergangenen Legislaturperiode mit ihren unterschiedlichen Auswirkungen hat sich im Nachhinein als ein Fehler erwiesen. Diesen Fehler wollen wir wieder beheben.

Aber das geht nur dann, wenn die dafür notwendigen Lehrerinnen und Lehrer auch in Person zur Verfügung stehen. Dies ist im Moment, wie wir alle wissen, noch nicht der Fall. So können wir – das sehen wir als notwendig an – die Rücknahme erst dann vornehmen, wenn die Stunden auch tatsächlich in den Schulen ankommen werden.

(Jürgen Walter)

Die Entlastung von Schulleitungen bei Verwaltungsaufgaben ist ein weiteres wichtiges Ziel. Schulleitungen benötigen Zeit und Freiräume, um sich auf die pädagogische Entwicklung ihrer Schule konzentrieren zu können. Es darf nicht sein, dass Schulleitungen morgens erst einmal schauen müssen, ob alle Lampen funktionieren, ob das bestellte Material in der Schule auch angekommen ist. Das ist nicht die oberste Aufgabe von Schulleitern.

Für uns ist klar, dass kleine Schulen ordentlich ausgestattete Sekretariate brauchen und mittlere bis große Schulen eine Verwaltungsassistenz, die sie entlastet.

(Beifall bei den Grünen)

Um dies zu erreichen, braucht es auch die Unterstützung der Kommunen. So ist für uns der Auftrag klar, in Gespräche mit den Kommunen darüber einzusteigen, wie diese Ziele erreicht werden können.

Wir müssen die Schulleitungen auch bei der Umsetzung von Inklusion und Ganztags hilfreich unterstützen. Dem erhöhten Koordinations- und Organisationsaufwand muss eine entsprechende Freistellung eingeräumt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, Verschwörungstheorien sind derzeit en vogue. Ich möchte aber an Sie appellieren, dass die demokratischen Parteien diese Verschwörungstheorien den rechtsradikalen Kräften im Land überlassen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Geht es eine Nummer kleiner?)

– Nein. Es geht auch noch eine Nummer größer. Ich habe einfach etwas dagegen, dass man irgendetwas aufgreift, in die Welt setzt, obwohl man überhaupt nicht weiß, was geplant ist. Das haben wir ja in der Rede – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat Frau Boser in die Welt gesetzt, nicht wir!)

– Nein. Das hat nicht Frau – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

– Ich kenne die Position von Frau Boser. Ich habe hier ja auch dargestellt, was unsere gemeinsame Position ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich wiederhole daher sehr gern, auch im Namen der erkrankten Kollegin Boser: Für uns bleibt der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ bestehen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aber!)

Für uns gilt darüber hinaus der Grundsatz,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Eben!)

die Grundschulen im Land bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu stärken und dabei insbesondere die Lehrerversorgung und zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen in den Blick zu nehmen. Die Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter an allen Schulen bei ihren pädagogischen Aufgaben ist für uns

ein weiteres wichtiges Ziel, um die Qualität unserer Schulen zu verbessern. Dafür werden wir gemeinsam mit der Kultusministerin in den kommenden Monaten ein Konzept vereinbaren, durch das dieses Ziel sicherlich erreicht wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU hat das Wort Herr Kollege Haser.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geld allein macht nicht glücklich,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Aber es beruhigt ungemein!)

aber mit Geld kann man sich viele Sachen kaufen, die glücklich machen. Deswegen möchte ich doch bitten, dass wir neben den ganzen intrinsischen Motivationen, die es mit Sicherheit gibt, um Lehrer oder Rektor zu werden, eines nicht vergessen: Am Ende des Tages bleibt es eben so, dass das schönste extrinsische Motivationsstool, das Gehalt, eben doch oft das Argument ist, um eine Stelle anzunehmen oder sie auszu-schlagen.

Deswegen müssen wir uns ums Geld kümmern. Deswegen ist es auch gut, dass wir dieses Thema „Kleine Grundschulen“ heute noch einmal auf die Tagesordnung bringen.

(Zuruf von der SPD)

Ja, Rektor zu sein heißt, gestalten zu können, ein pädagogisches Konzept zu entwerfen, Mitarbeiter zu führen, auch eine gewisse Stellung in der Gesellschaft zu haben. Rektor zu sein heißt aber auch, als Erster zu kommen, als Letzter zu gehen. Rektor zu sein heißt, im Gemeinderat um Geld zu betteln, Vakanzen zu überbrücken, zu Dienstbesprechungen zu fahren, mit einer Halbtagskraft im Sekretariat eine schier un-glaubliche Bürokratieflut zu bewältigen.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb sage ich zunächst einmal vielen Dank an alle Rektorinnen und Rektoren, die sich dieser Herausforderung stellen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Das war jetzt nicht ganz fair, weil ich gewusst habe, dass Sie an dieser Stelle klatschen. Wer bei A klatscht, muss bei B eben auch Ja sagen. Denn wenn wir glauben, dass wir auf Dauer Menschen dazu bringen, für 200 € mehr im Monat den Hocker des Lehrers gegen den Feuerstuhl des Rektors zu tauschen, haben wir uns geschnitten.

Deshalb lehnen wir den aktuellen Vorschlag unserer hochgeschätzten Bildungsministerin Dr. Susanne Eisenmann und unserer Finanzministerin Edith Sitzmann in einem Punkt entschieden ab: Wir, die CDU-Fraktion, wollen neben der Besol-

(Raimund Haser)

dungsgrenze, die wir bei 80 Schülern schon haben, nicht auch noch eine bei 40 Schülern haben. Erst recht wollen wir nicht, dass über eine Besoldungsstufe für Rektoren die Debatte über kleine Grundschulen befeuert wird – so, wie das heute der Fall ist.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind stattdessen dafür, 500 000 € in die Hand zu nehmen und eine einfache, sehr klare Botschaft an die Lehrerinnen und Lehrer, an die Studentinnen und Studenten, an die Rektorinnen und Rektoren zu senden: Kein Lehrer in Baden-Württemberg wird mit weniger besoldet als nach Besoldungsgruppe A 13.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Warum hängen wir jetzt so an den letzten 100 Schulen, die unter diese Zahl 40 fallen würden? Weil die Botschaft – abgesehen davon, dass sie im Land junge Lehrer davon abhält, Verantwortung zu übernehmen – im Flächenland Baden-Württemberg schwierig ist, weil es in einem Land, das immer versucht, die Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land zu verwirklichen, eine falsche Botschaft ist und eine Botschaft, die ich oft lese, für die ich aber noch nie einen Beleg gefunden habe – auch heute kam sie schon zur Sprache –, nämlich die, um es einmal auf gut Schwäbisch zu sagen: „Auf kloine Schule lernnd m'r nix.“ Erst am Wochenende hat die „Südwest Presse“ diese Botschaft so ganz nebenbei in einem Satz formuliert – ich zitiere –:

Kleine Grundschulen stehen immer wieder in der Kritik, etwa wegen der Unterrichtsqualität.

Deswegen möchte ich eine auf schwäbisch formulierte Frage hinterherstellen: „Wo schdohd des?“ Wer hat das eigentlich jemals untersucht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

In welcher Untersuchung steht, dass kleine Grundschulen einen schlechteren Unterricht, eine schlechtere Qualität liefern als große Grundschulen?

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Ob ein Kind etwas lernt, hängt erstens vom Lehrer, zweitens vom Unterricht und drittens vom Umfeld des Schülers ab. Von der Größe der Schule steht da nichts.

Dann möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mir auch als Abgeordnetem im ländlichen Raum wichtig ist:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Sehr gut!)

Darüber hinaus sind kleine Grundschulen eben oft der einzige Schmelztiegel, der einem Dorf geblieben ist, wenn der Pfarrer nur noch alle zwei Wochen kommt und wenn die letzte Kneipe geschlossen hat. Sie sind das Zentrum kulturellen und sozialen Lebens, sie sind der Ort, wo Kinder und Erwachsene zusammengeschweißt werden und wo Heimat vom abstrakten Begriff zum täglich Greifbaren wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wer auf dem Land lebt, muss auf vieles verzichten. Das ist so, wie es ist, und darüber beschwert sich auch niemand.

(Zurufe von der SPD)

Aber wer den Dörfern die Grundschulen nimmt, reißt ihnen das Herz heraus.

Woher kommt die nachvollziehbare Kritik überhaupt? Es ist natürlich eine Frage der Ressourcen. Und ja, der Rechnungshof hat recht, wenn er sagt: „Kleine Schulen sind teurer, insbesondere wegen der Schüler-Lehrer-Relation.“ Aber diese Rechnung können wir gern aufmachen, und wir können uns einmal fragen, was es heißt, Universitäten zu unterhalten, Theater zu unterhalten, eine Oper neu zu bauen oder zu renovieren. Ich würde nur dazu raten, dass wir uns dieser Diskussion nicht stellen.

Außerdem haben die Kommunen auch erkannt, dass sie an der einen oder anderen Stelle nachjustieren müssen. In den letzten zwölf Jahren haben 134 Grundschulen geschlossen oder sind zusammengelegt worden. Das heißt, die Kommunen gehen voran, ohne dass das Land sie dazu zwingt.

Ein Letztes noch zum Thema Rektorenschaft. Warum ist uns ausgerechnet die Stellung des Rektors auch in dieser gesamten neuen Qualitätsoffensive so viel Geld wert? Weil wir mit einer Schulleiterstärkung gleichzeitig auch das Anforderungsprofil schärfen wollen. Natürlich setzt unsere Qualitätsoffensive auf Unterstützung. Aber gerade dadurch werden doch die Rektoren und die Lehrer zum Dreh- und Angelpunkt unserer Bildungspolitik. Deswegen brauchen wir an der Spitze die klügsten und motiviertesten Köpfe.

Schon der Heilige Benedikt von Nursia hat im 6. Jahrhundert in seiner Regel des Heiligen Benedikt, in der es darum geht, wie man ein Kloster organisiert, über die Rolle des Abtes sehr viele Worte verloren. Ich kann nur jedem raten, das einmal zu lesen. Auch berühmte Führungsschulen wie z. B. die in St. Gallen kommen immer wieder auf diese Äußerungen zurück.

Da schreibt er:

... Wer also den Namen „Abt“ annimmt, muss seinen Jüngern in zweifacher Weise als Lehrer vorstehen.

... macht alles Gute und Heilige mehr durch sein Leben als durch sein Reden sichtbar. ...

Es geht also darum, Vorbilder zu schaffen und vorbildhaft zu sein in dem, was man sagt, und vor allem auch in dem, was man tut.

Und ja, dazu gehört manchmal auch, dass man als Rektor einer kleinen Schule die Glühbirne selbst auswechselt oder den Schnee von der Treppe fegt. Solche „Zustände“ als Zeichen einer Dysfunktionalität kleiner Grundschulen zu werten, ist schlicht und einfach falsch. Das können und das müssen wir auch erwarten.

Im Gegenteil: Von wem sollen Schülerinnen und Schüler mehr lernen als vom Rektor, dass im Leben nicht nur Mathe und Deutsch wichtig sind, sondern auch Demut und die Freude, für andere da zu sein?

(Raimund Haser)

Oder um es mit einem anderen Kirchenmann, nämlich Vinzenz von Paul, zu sagen: „Liebe sei Tat“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Martin Rivoir SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! „Kurze Beine, lange Wege“ – eigentlich hätte diese Debatte von der CDU initiiert werden müssen. Die ehemalige Ministerin Marion Schick hatte ja schon gesagt: Die Schulpolitik der CDU ist zu defensiv – ohne Grund.

„Kurze Beine, kurze Wege“, dieses wunderbare Bonmot steht seit langen CDU-Zeiten im Kultusministerium für den kurzen Schulweg in die wohnortnahe Grundschule, den sicheren Weg durch die ländliche Gemeinde, nicht im städtischen Quartier der Grünen.

Die Bürgermeisterin von Wallhausen bei Schwäbisch Hall, Frau Rita Behr-Martin setzt sich für das Projekt „Kleine Beine, kurze Wege“ ein. Das ist in biologischer Hinsicht ein bisschen falsch formuliert, aber vom Ansatz her richtig: Zu Fuß in die Schule gehen, das müsste doch eigentlich der Fraktion der Grünen gefallen.

In Niedersachsen nennt man das Ganze „Kleine Füße, sicherer Schulweg“. Das sogenannte Zufußgehen zur Schule soll auch hier gefördert werden.

Bei „News4teachers“, dem Magazin der Agentur für Bildungsjournalismus, wird veröffentlicht: „Kleine Füße, kurze Wege“. Damit sollen die Kinder zum Zufußgehen animiert werden, und besonders die Eltern sollen das „Elterntaxi“ einstellen. Denn die meisten Unfälle auf dem Schulweg passieren mit dem Auto der Eltern, so der Verkehrsminister Jörg Bo-de von der FDP.

Im Übrigen dient das Zufußgehen auch der räumlichen Orientierung, sage ich.

Politik beginnt bekanntlich mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Die meisten Kinder werden eben mit dem Auto in die Schule gefahren. Da spielt die Entfernung natürlich keine so große Rolle mehr. Folgt daraus, dass man die kleinen Grundschulen im Sinne der Kostenersparnis schließen kann?

Wichtig dabei ist eher der Parkraum, der direkt vor der Schule zur Verfügung steht. Und eines ist auch klar: Wer sich mit den Eltern, besonders mit den Müttern, die dort mit ihrem Auto in dritter Reihe auf der Straße parken, anlegt, der hat verspielt.

Deshalb ist es köstlich, dass der Antrag zu dieser Aktuellen Debatte von der SPD initiiert wurde, wo doch gerade Ihre Vorgängerin, Herr Stoch, nämlich Frau Gabriele Warminski-Leitheuser, Grundlegendes in der Kulturpolitik eher unzuverlässig umsetzte, wie Sie und Ihre Kollegen damals selbst feststellten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

„Kurze Beine, kurze Wege – lange Beine, lange Wege“ – ein wichtiges Prinzip in der Planung von Grundschulen. Es ist wichtig, an diesem Prinzip festzuhalten.

Eine vertraute Umgebung, auch eine vertrauensvolle Umgebung sind wichtig für die Lernatmosphäre, sind gerade für gutes Lernen in den ersten Schuljahren wichtig. Wir wollen ebenfalls kleine Schulen mit nur wenigen Schülern erhalten. Das Wichtigste an der Dorfschule ist der vertraute Kontakt der Kleinen zur Lehrerin oder zum Lehrer. Dieser Lehrer ist eine wichtige Person im Leben der Kinder. Die wichtigsten Kulturtechniken werden den Kindern vom Klassenlehrer beigebracht: Lesen, Schreiben und Rechnen.

Die Kinder schauen zum Lehrer auf; er ist für sie ein Vorbild. Im frühen Alter gab es oft einen Wettstreit, wer der Lieblingsschüler oder die Lieblingsschülerin des Klassenlehrers ist, und oft meinte jeder, er sei es.

Wir haben uns hier schon oft über das Problem der funktionalen Analphabeten und über Alphabetisierungsprogramme unterhalten. Dies zeigt, welche tiefgreifenden Störungen es geben kann und wie die gesamte Bildungsbiografie zum Abbruch kommen kann, wenn hier in diesem Alter etwas schief-läuft.

Die Grundschullehrer und insbesondere die Klassenlehrer machen eine gesellschaftlich sehr wichtige Arbeit. Wir schulden ihnen allerhöchsten Respekt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gerade weil wir ihnen diesen hohen Respekt schuldig sind, brauchen wir in der Grundschule die besten Lehrer. In den kleinen Schulen in Dörfern oder Kleinstädten ist der Draht zum Elternhaus kurz. Die bestehenden Probleme können schnell und unbürokratisch besprochen und gelöst werden.

Einer Landtagsdrucksache war zu entnehmen: Die Zahl der Grundschulen mit weniger als 100 Schülern ist zwischen 2014 und 2017 von 879 auf 820 Schulen gesunken. Es sind demnach 59 Schulen in nur drei Jahren, also rund 20 Schulen pro Jahr, die schließen mussten. Das sind recht viele, und hier müssen wir genau hinschauen: Liegt dem eine gesellschaftliche Entwicklung zugrunde, etwa Landflucht, eine älter werdende Bevölkerung auf dem Land, der Wegzug gerade jüngerer Menschen in die Städte? Wir, die Alternative für Deutschland, wollen die ländlichen Kommunen stärken – und dazu gehören Schulen vor Ort. Stirbt die Schule, stirbt das Dorf.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD)

Vielleicht ging es Ihnen von der SPD um eine Verbesserung der Besoldung von Schulleitungen und damit auch der Schulleitungen sehr kleiner Schulen. Wir lehnen natürlich eine Mindestgröße von 40 Schülern als Voraussetzung für eine Anhebung der Besoldung von Schulleitungen ab. Eine solche Mindestgröße ist unrealistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kurz nach dem Einzug in diesen Landtag habe ich bereits auf den Bewerbermangel bei Schulleitungsstellen hingewiesen und Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität solcher Stel-

(Dr. Rainer Balzer)

len angeregt. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung diesen Anregungen inzwischen nachkommt –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

selbstverständlich ohne mitzuteilen, woher die Anregung dafür kommt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber das ist nicht weiter bemerkenswert. – Und woher kommt die Forderung nach kostenloser Schülerbeförderung, meine Damen und Herren?

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Aus diesen Gründen sollten wir die Attraktivität gerade der Schulleiterstellen an kleinen Schulen, kleinen Grundschulen im Auge behalten.

Wir fragen uns an dieser Stelle auch: Woher kommt eigentlich die Motivation der SPD für die heutige Aktuelle Debatte? Vorhin wurden bedeutende Umwälzungen in unserem Staat, in Deutschland, besprochen. Die Entscheidungsbefugnisse der Bundesländer und deren Zuständigkeiten werden zunehmend infrage gestellt. Stärken diese Beschlüsse, diese Vorgaben aus Brüssel das im Mai neu zu wählende Europäische Parlament? Gestern wurde ein geheim ausgehandelter und bis vor Kurzem auch geheim gehaltener Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet.

(Kopfschütteln bei der CDU – Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Herr Ministerpräsident – leider ist er nicht mehr da –, heute Morgen sagten Sie, Sie setzen auf Bürgerbeteiligung. Meinen Sie, Geheimverhandlungen stärken das Vertrauen der Bürger?

(Abg. Anton Baron AfD: Nebenabsprachen!)

Wir stehen zu Europa, so, wie es in unserer Verfassung steht.

(Beifall bei der AfD)

Eindrücke aus Bürgerdialogen mit Frau Erler sind keine Zufallsbotschaften, sondern Zufallsbotschaften von Zufallsbürgern, wie Sie, Herr Ministerpräsident, heute schon sagten.

Es wurde auch eine militärische Beistandsklausel unterzeichnet, die weit über das hinausgeht, was es in der von Grünen und SPD nie gemochten NATO jemals gegeben hat. In Artikel 4 steht:

Sie

– das heißt, Deutschland und Frankreich –

leisten einander im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ihre Hoheitsgebiete jede in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung; dies schließt militärische Mittel ein.

(Abg. Raimund Haser CDU: Es geht um kleine Grundschulen! – Abg. Andreas Deuschle CDU: Sagen Sie doch mal was zur Schulpolitik!)

Sie wissen, La Réunion im Pazifik gehört auch zu Frankreich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das sind jetzt aber keine kurzen Wege mehr, wenn man dort zur Schule gehen muss!)

Welcher Bürger mit gesundem Menschenverstand wird solch einer Verpflichtung zustimmen? Wurde der Vertrag aus diesem Grund im Geheimen verhandelt?

Zurück zum Vertragswerk, zum Thema Bildung im Vertragswerk. In Artikel 10 heißt es:

Beide Staaten führen ihre Bildungssysteme durch ... die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Schulabschlüssen sowie durch die Schaffung deutsch-französischer Exzellenzinstrumente für Forschung, Ausbildung und Berufsbildung sowie integrierter deutsch-französischer dualer Studiengänge enger zusammen.

(Abg. Raimund Haser CDU: Hervorragend! Dafür ist es sogar höchste Zeit!)

Das deutsche und das französische Schulsystem sind sehr unterschiedlich ausgestaltet. Das Bildungssystem ist aber auch bezeichnend für das Gesellschaftssystem eines Staates. Hier werden jetzt sehr schnell und anscheinend unreflektiert geradezu Blankoschecks bezüglich der Anerkennung von Schulabschlüssen ausgestellt. Wo bleibt der Mut, die Abschaffung der Studiengebühren an französischen Hochschulen zu fordern?

Zeitgleich erleben wir Massenunruhen in Frankreich mit mehreren Toten – nach unbestätigten Angaben. Passt das auf die Schnelle zusammen?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Passt diese Rede zum Thema? – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Zu unserem Thema: Wir, die Alternative für Deutschland, befürworten auch kleine Dorfschulen. Wir sind davon überzeugt, dass sie erhaltenswert sind, auch und gerade wenn dafür zusätzliche finanzielle Anstrengungen erforderlich sind.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Brauer aufrufen.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nach diesem Beitrag jetzt einigermmaßen verwirrt, ob ich zum richtigen Thema spreche.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Verwirrt? Ach so!)

„Kurze Beine, kurze Wege“, das ist ein netter Spruch. Es bestand immer Konsens unter den Parteien, dass wir im wohlhabenden Baden-Württemberg den Grundschulern keine großen Entfernungen für den Schulweg zumuten wollen. Die Lehrerinnen und Lehrer kommen zu den Schülern, auch und vor allem im ländlichen Raum, damit dort eine wohnortnahe Beschulung möglich bleibt.

Damit wir auch an kleinen Schulstandorten die beste Qualität anbieten können, brauchen wir natürlich sehr gute Lehrerinnen

(Stephen Brauer)

nen und Lehrer, die motiviert ihrer Aufgabe nachgehen, Kinder auf die Welt vorzubereiten und ihnen das Rüstzeug für ein gelingendes Leben mitzugeben.

Schulen benötigen aber auch sehr gute Schulleiterinnen und Schulleiter, die ihren Aufgaben motiviert nachgehen. Sie organisieren und planen, sie koordinieren und kontrollieren, kurzum, sie üben eigentlich Managementfunktionen aus. Zusätzlich müssen sie aber auch in nicht unerheblichem Umfang unterrichten, an ganz kleinen Schulen in der Regel 17 Stunden. Zum Vergleich: Schulleitungen an größeren Gymnasien unterrichten nur noch vier Stunden. Grundschulleitungen sind also Primus inter Pares oder besser Prima inter Pares, wenn man den hohen Frauenanteil berücksichtigt. Bei der eigenen Unterrichtstätigkeit müssen sie immer auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Was muss man oder frau mitbringen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden? Fachlich und pädagogisch auf dem neuesten Stand sein, konfliktfähig, kommunikativ und durchsetzungsstark gegenüber Schülern, Kollegen, Eltern, dem Bürgermeister und gegenüber dem Schulamt sowieso. Eigentlich suchen wir hier die Eier legende Wollmilchsau.

(Abg. Raimund Haser CDU: So ist es!)

143 solcher Talente fehlen derzeit an baden-württembergischen Grundschulen. Jetzt mein Prophezeiung: Auch mit einer Besoldung nach A 13 werden wir keinen kurzfristigen Run auf diese bislang unbesetzten Stellen auslösen.

(Widerspruch des Abg. Raimund Haser CDU)

Warum also A 13 für die Schulleitungen an Grundschulen? – Ich glaube, Herr Haser hat sich vorhin versprochen: Er meinte A 13 für alle Rektoren und nicht für alle Lehrer.

(Abg. Raimund Haser und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

– Ja. – Warum also A 13 für Schulleitungen an Grundschulen? Das ist zunächst ein Gebot der Fairness und entspricht der Logik der Besoldung nach Qualifikation und Anforderungen.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Die Besetzung dieser Stellen setzt ein Studium von acht Semestern und ein Referendariat von eineinhalb Jahren voraus. – Die Erhöhung der Regelstudienzeit ging übrigens auf eine Initiative der FDP/DVP-Fraktion zurück. – Danach folgt eine dreijährige Probezeit. Nach einigen Jahren Berufserfahrung, dem Einsatz in allen Klassenstufen und einer Tätigkeit als Klassenlehrerin oder Klassenlehrer kann man sich auf eine Stelle als Schulleiterin oder Schulleiter bewerben.

Dann durchläuft man einen mehrstufigen Auswahlprozess mit Vorstellungsgesprächen im Regierungspräsidium und im Gemeinderat sowie Unterrichtsbesuchen, anhand derer man – nach mindestens zehn Jahren Ausbildung und Berufstätigkeit – beweisen muss, dass man überhaupt unterrichten kann.

Danach darf man Kollegen führen, mit der Verwaltung verhandeln und sich nebenbei mit dem eigenen Unterricht beschäftigen. Da ist es doch nur recht und billig, wenn man zu-

mindest so viel verdient wie eine normale Realschullehrerin, die ausschließlich ihrer Lehrtätigkeit nachkommen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Anpassung der Besoldung ist also mehr als überfällig. Erst danach ist sie als Anreiz für künftige Stellenbesetzungen zu sehen. Wie gesagt, das wird meiner Meinung nach auch keine kurzfristige Wirkung erzielen. Die Besoldung ist ja nur ein Aspekt unter vielen, wenn es um die Frage geht, sich für das Antreten einer Schulleitungsstelle zu entscheiden oder dagegen. Da wird man also einen langen Atem haben müssen. Erst mittel- oder langfristig sind steigende Bewerberzahlen zu erwarten.

Jetzt geht es darum, ob die Besoldungserhöhung auch für die Schulleitungsstellen an kleinen Grundschulen eingeführt werden soll. Darum geht es hier. Warum sollen Schulleiterinnen und Schulleiter an Schulen mit 40 oder weniger Schülern nicht A 13 erhalten?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Ich überlege. Das ist jetzt eine rhetorische Pause auf eine rhetorische Frage. Mir fällt kein Grund ein, und auch Ihnen wird kein Grund einfallen, der diese Ungleichbehandlung rechtfertigen würde, Frau Ministerin, zumindest kein Grund, den Sie hier laut nennen können, nennen wollen oder besser: den Sie mit Rücksicht auf den Koalitionspartner nennen dürfen. Die Grenze von 41 Schülern ist ja auf der Homepage des KM schon veröffentlicht worden. Auch hat sonst niemand hier substantiell begründet, warum die Qualifikation von und die Anforderungen an Grundschulleitungen bei einer Schulgröße von 41 Schülern eine Besoldung in Höhe von A 13 rechtfertigen, diese Besoldung aber bei einer Schulgröße von 40 Schülern in weite Ferne rücken lassen.

Jetzt bin ich ja auch finanzpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Geld beflügelt manchmal die Fantasie.

(Abg. Raimund Haser CDU: Schwierig, wenn man dann über Bildung spricht!)

Kurze Beine, kurze Wege. Knappe Kassen, lange Wege? Dass die Kassen so knapp sein sollen, dass Sie diese wichtige Anpassung nicht vornehmen wollen, dafür fehlt mir nach diesem Nachtragshaushalt jegliches Verständnis und jegliche Fantasie. Immerhin waren Ende des vergangenen Jahres locker mal 230 zusätzliche Stellen in der Umweltverwaltung drin. Die Kassen sind nicht knapp; vielmehr sind Ihre Prioritäten die falschen.

Wir sind die Letzten, die in Zeiten gigantischer Steuereinnahmen dazu aufrufen, jedes Maß zu verlieren und mit dem Füllhorn durch die Lande zu spazieren. Aber hier geht es nicht um neue Stellen, sondern um eine dringend gebotene Anpassung der Besoldung von Landesbeamten, die einen wichtigen Job erfüllen, die mit Herzblut bei der Sache sind und die für die Zukunft unseres Landes wichtige Weichenstellungen vornehmen.

Gewährt man der finanzpolitischen Fantasie weiteren Freigang, stößt man unweigerlich auf den wahren Grund dieser

(Stephen Brauer)

willkürlichen Größenklasse von 40 Schülern. Es geht um Schulschließungen – das haben wir heute schon des Öfteren gehört –, um nichts anderes als Schulschließungen. Da ist der Einspareffekt noch viel größer. Da geht es nicht mehr um die Differenz zwischen A 12 mit Zulage zu A 13 bei ein paar Schulleitungen, nein, da geht es um fünf, acht oder zehn Lehrerstellen pro Schule, die langfristig wegfallen, indem die Schule geschlossen wird und in der Nachbarschule größere Klassen gebildet werden können. Den Rest erledigt dann die Pensionierungswelle.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Diesen Trick mit der Mindestgröße hat ja die Vorgängerregierung erfolgreich angewandt, um die Hauptschulen und die Werkrealschulen plattzumachen und an deren Stelle die Gemeinschaftsschule zu etablieren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Die Leitungen der Gemeinschaftsschulen erhielten dann ebenfalls einen satten Aufschlag; da war dann plötzlich A 14 und A 15 möglich. So viel zur Gleichbehandlung.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Damals haben viele Bürgermeister mitgespielt – nicht deshalb, weil sie vom pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule überzeugt gewesen wären,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Doch!)

sondern deshalb, weil sie ihren Schulstandort retten wollten. Manche sprachen sogar von Erpressung. Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU wissen das sehr genau.

Ich frage mich nur, was die Gegenleistung zum Schließen der Grundschule sein wird. Begeisterung werden Sie damit nicht auslösen. So viel ist sicher.

Ihr Kalkül sieht anders aus: Sie hoffen einfach darauf, dass sich die verbleibenden Bewerber auf die A-13-Stellen konzentrieren und sich dadurch das Problem von allein löst.

Aber es ist ja noch nicht zu spät. Kehren Sie um, und überlassen Sie es den Schulen und den Beteiligten vor Ort, zu entscheiden, ob es noch Sinn macht, mit 40 oder weniger Schülern weiterzumachen. Das hat doch auch etwas mit den örtlichen Gegebenheiten zu tun. Da spielt es doch auch eine Rolle, ob Alternativen in der näheren Umgebung bereitstehen und wie die Schullandschaft dort aussieht. Da ist es auch eine Frage des ÖPNV – vor allem im ländlichen Raum –, ob ein Schulstandort einfach wegfallen kann. Es wäre ehrlicher, eine Schule einfach zu schließen, als sie über die Besoldung allmählich auszutrocknen.

Es gibt aber noch einen besseren Weg, einen ebenso ehrlichen Weg: Entlassen Sie die Schulen in die Freiheit, und geben Sie kleinen Grundschulen eine Chance, egal, was die Fraktion GRÜNE dazu sagt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort erteilen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich herzlich dafür bedanken – gerade auch stellvertretend, Herr Walter, Herr Haser –, dass wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, dass wir für die Schulleitungen hier im Land Baden-Württemberg etwas tun müssen, was über ein reines Senden eines Signals hinausgeht, sondern aus dem auch deutlich wird, dass sich die Arbeit, die dort geleistet wird, die sich natürlich in den letzten zehn, 15, 20 Jahren massiv verändert hat, auch in dem widerspiegelt, was wir als Grundlagen künftig in diese Positionen geben. Das ist Teil unseres Koalitionsvertrags, und diesen setzen wir um.

Herr Fulst-Blei, es stimmt, dass das eine gewisse Zeit gebraucht hat. Das ist richtig. Aber ich glaube, gerade bei einem solchen Thema, bei dem es um alle Schularten geht, geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Wir – das Kultusministerium und ich selbst – haben in vielen Gesprächsrunden mit Betroffenen der unterschiedlichen Schularten darüber diskutiert und gesprochen: Was ist der richtige Ansatz? Was brauchen sie? Was hilft ihnen, ihre wichtige und sehr gute Arbeit – für die ich mich auch ausdrücklich bedanken möchte – künftig noch besser gestalten zu können?

Dieses Konzept liegt nun vor, und im Grundsatz umfasst es vielerlei Maßnahmen, etwa den Ausbau der Assistenzsysteme für die Schulleitungen in unterschiedlichen Bereichen, die Einführung einer Zulage für kommissarische Schulleitungen, den Ausbau sowie die Weiterentwicklung der Fortbildungs- und Beratungsangebote und – auch dies ist ein klares Ziel und definiert –, sobald es die Lehrerversorgung wieder zulässt, auch die Erhöhung der Leitungszeit sowie – auch dieses ist uns wichtig, und das kommuniziere ich auch in aller Offenheit – das Rückgängigmachen der Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents aus der letzten Legislaturperiode, weil es ein Fehler war und weil es in die völlig falsche Richtung zeigt.

(Beifall bei der CDU)

Es geht natürlich um das Thema „Anhebung der Besoldung der Rektorinnen und Rektoren an den Grundschulen und den Haupt- und Werkrealschulen“. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiges Signal ist.

Herr Fulst-Blei, Sie haben das Thema Schulkindergärten angesprochen. Es stimmt, das ist nicht Teil dieses Konzepts. Aber Verbesserungen auch im finanziellen Bereich für die Leitungen bei Schulkindergärten sind Teil unseres Konzepts. Verbesserungen im Bereich Fachlehrer und Fachlehrerinnen: Auch dieses Konzept wird demnächst vorgelegt, und in diesem Zusammenhang signalisieren wir auch, wie wichtig uns die Bedeutung der Schulkindergärten ist. Ihre Anmerkung ist deshalb berechtigt. Das wird kommen, aber nicht im Rahmen dieses Konzepts. Aber auch das haben wir im Blick.

Es ist so, dass wir künftig – so der Vorschlag – grundsätzlich bei den Haupt- und Werkrealschulen – auch das sollte man erwähnen – Angleichungen machen im Rahmen von A 14, orientiert an Funktionsstellen bei Realschulen und Gemeinschafts-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

schulen. Es ist ein klares Signal, dass wir nicht nur davon reden, Haupt- und Werkrealschulen zu stärken, sondern dies halt auch tun. Auch dies sind übrigens wichtige Signale in den ländlichen Bereich.

Was das Thema „Kleine Grundschulen“ angeht, stehe ich nicht in Gefahr, mich hier nicht deutlich genug geäußert zu haben. Als der Landesrechnungshof vor knapp einem Jahr sein Gutachten vorgelegt hat und empfohlen hat, dass kleine Grundschulen im Sinne der Ressourcenverantwortung im Rahmen der regionalen Schulentwicklung mit bewertet werden sollten, habe ich das klar und deutlich zurückgewiesen: Mit mir als Kultusministerin wird es kein Schließkonzept für kleine Grundschulen geben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Denn es ist eben – da kann ich mich der Argumentation verschiedener meiner Vorredner nur anschließen – ein wichtiges Signal. Gerade im ländlichen Bereich hat sich der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ bewährt. Denn die Bedeutung einer Schule geht über das reine Bildungswissen und Vermitteln hinaus. Sie hat Bedeutung für den Standort, für die Gemeinden, für die Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie ist Anlaufpunkt, sie ist eine soziale Einrichtung, die man nicht hoch genug bewerten kann. Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns klar dazu bekennen und nicht durch die Hintertür, was Zahlen angeht, Schließungen vornehmen wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist auch nicht Teil des Konzepts, und das will auch niemand, zumindest niemand in unserer Koalition. Vielmehr geht es darum, widerzuspiegeln, wo Handlungsbedarfe sind.

Das Kultusministerium hat im Rahmen seines umfangreichen Konzepts vorgeschlagen, was die Besoldungsgrenze angeht, die Absenkung von 80 Schülern – so ist die bisherige Zahl – auf 40 Schüler vorzunehmen. Das ist ein Diskussionsvorschlag. Ich finde es gut, dass wir darum ringen, was der richtige Weg ist. Die Rektorinnen und Rektoren haben übrigens auch verdient, dass man sich damit befasst.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Der Vorschlag „Unter 40 und über 40“ aus dem Kultusministerium, über den wir sehr lange diskutiert haben, basiert darauf, dass wir eben gerade nicht – da hat Raimund Haser völlig recht – pädagogisch zweifeln. Kleine Grundschulen sind zwar tatsächlich in der Relation sehr teuer, aber sie sind in der Qualität und in dem, was bei Leistungsvergleichen herauskommt, in der Regel relativ gut, weil die Schüler-Lehrer-Relation eine andere ist. Deshalb kann ich die Aussage, das sei in Bezug auf den pädagogischen Erfolg immer grenzwertig, überhaupt nicht nachvollziehen. Dafür gibt es übrigens auch bei uns überhaupt keinen Beleg. Aber natürlich ist es unter Ressourcengesichtspunkten definitiv eine Herausforderung.

(Abg. Raimund Haser CDU: Sehr gut!)

Bei vielen Schulen mit weniger als 40 Schülerinnen und Schülern müssen wir aufgrund der Unterrichts- und der Lehrerver-

sorgung jahrgangsübergreifend unterrichten. Das ist nicht Teil des Konzepts, aber es begegnet einem dort sehr häufig. Da sagen wir, unter pädagogischen Gesichtspunkten erklärt sich dadurch aus unserer Sicht eine Zahl über 40 deutlich. So kommt unser Vorschlag zustande.

Dass wir das diskutieren, halte ich insgesamt für richtig. Das gilt auch für die Frage: Kann man mehr machen, und in welche Richtung kann es tatsächlich gehen?

Ich glaube, es ist ganz entscheidend, deutlich zu machen, dass wir uns die Schulen sehr genau anschauen und auch im Rahmen unseres Qualitätskonzepts, im Rahmen von Beratung und Begleitung künftig auch die kleinen Schulen noch besser werden unterstützen können. Deshalb auch an dieser Stelle erkennbar ein klares Bekenntnis zu diesen Schulen.

Aber natürlich muss man sagen – auch in öffentlichen Diskussionen weise ich darauf hin –: Wir haben 4 500 öffentliche Schulen in Baden-Württemberg, davon sind etwa 2 500 Grundschulen, weil wir uns für sogenannte Zwerggrundschulen entschieden haben. Von diesen haben ca. 100 weniger als 40 Schülerinnen und Schüler und ca. 800 weniger als 100 Schülerinnen und Schüler.

Dass wir aufgrund von zu wenig Lehrerinnen und Lehrern momentan in der Unterrichtsversorgung auf Kante genäht sind, ist natürlich eine Herausforderung. Im Grundschulbereich ist das auch aufgrund der Vielfalt der Standorte eine Herausforderung. Ich glaube aber, diese müssen wir positiv annehmen. Da greift auch unser Maßnahmenkatalog. Deshalb wird diese Entscheidung auch nicht ausschließlich unter Ressourcengesichtspunkten getroffen. Das wäre falsch.

Vielmehr müssen wir auch mit den Kommunen – mit denen bin ich im Gespräch – gemeinsam sehen – das haben wir erhoben –: In Baden-Württemberg gibt es 450 Städte und Gemeinden mit mehr als zwei Standorten mit weniger als 100 Schülerinnen und Schülern im Grundschulbereich. Wir müssen also mit den Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten in der Frage: „Mit welchem Konzept können wir Schulen – auch mit Außenstellen – zusammenführen?“ ins Gespräch kommen. Es muss von den Kommunen getragen sein. Schule ist etwas, was vor Ort gelebt wird, in der Kommune, in der Gemeinde, in der Groß- und in der Kleinstadt, mit hoher emotionaler Bedeutung – Gott sei Dank. Das werden wir tragen und auch abbilden.

Wir werden diesen Vorschlag diskutieren. Es gibt für alles gute Argumente. Aber klar ist – das ist mir wichtig –: Das Schulleiterkonzept macht Wertschätzung und Anerkennung deutlich. Damit beginnen wir endlich, abzubilden, wie Schulleiterinnen und Schulleiter in der heutigen Zeit arbeiten müssen. Wir stellen uns modern auf. Das haben die Rektorinnen und Rektoren auch verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ein klares Bekenntnis zu kleinen Grundschulen heißt auch ein klares Bekenntnis zur besseren Bezahlung.

Kollege Walter von den Grünen, glühen Ihnen die Ohren nach dieser Rede vom CDU-Kollegen Haser eigentlich noch? Dieser hat ja wirklich in Ihre Richtung mehr als deutliche Worte gefunden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Zu Recht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Guter Mann!)

Sie sagen, dass wir, die SPD, die Grünen als Hauptgegner hätten. In solchen Kategorien denke ich nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das merkt man aber nicht!)

Sie haben die Streichung von über 1 000 Lehrerstellen betrieben. Sie sind die Partei der Lehrstellenstreichung. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von den Grünen)

Kollege Walter, Sie sagen, die Probleme seien nicht in den letzten zweieinhalb Jahren entstanden. Das stimmt. Davor haben übrigens die Grünen auch mit uns regiert. Die Frage ist nur: Warum haben Sie dann bis heute den Prozess nicht beschleunigt? Warum ist bis heute nichts umgesetzt worden? Warum? Frau Ministerin, bei aller Gründlichkeit: Sie sind an dieser Stelle zu langsam.

Der Anlass für die heutige Debatte war in der Tat das Zitat von Frau Kollegin Boser – von dieser Stelle aus gute Besserung. Ich zitiere:

„Wir können in den Bildungsdebatten nicht immer nur von Qualität sprechen. Wir müssen auch konsequent danach handeln“, sagt sie. Dazu gehöre, Anreize zu setzen, um Schulen so zu gestalten, dass für alle Kinder bestmögliche Lernvoraussetzungen herrschen.

So weit ja, aber:

Daher ist sie für eine Mindestgröße bei der Besoldungsanhebung.

Also ein Anreiz, die Besoldung für kleine Schulen geringer zu halten. Zu was soll das denn sonst führen als zu einer Nichtbewerbung und damit zu einem langsamen Aus von kleinen Grundschulstandorten? Das müssen Sie, Kollege Walter, in Ihrer Fraktion klären.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem wirklich abstrusen Vorwurf: Verschwörungstheorie, Missverständnis. Wo haben Sie denn heute an irgendeiner Stelle etwas klargestellt? Wo haben Sie denn heute gesagt: „Wir unterstreichen die Wertschätzung auch für kleine Grundschulleitungen“? Dazu haben Sie noch die Gelegenheit. Machen Sie heute die klare Aussage:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Zuhören ist immer gut!)

„Auch die Leitungen der kleineren Grundschulstandorte werden besser bezahlt.“ Mit der SPD wird es eine Schließung kleiner Grundschulen durch die Hintertür auf keinen Fall geben. Die Grünen haben dagegen heute viele Fragen nicht beantwortet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wenn die SPD so weitermacht, gibt es mit denen gar nichts mehr! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Hochmut kommt vor dem Fall! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Brauer, bitte.

(Abg. Raimund Haser CDU meldet sich.)

– Ich habe das übersehen. – Der Kollege Haser hat sich kurz nach Ihnen gemeldet. Die Reihenfolge ist aber so, Entschuldigung.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben gesagt: „Es gibt kein Schließkonzept für kleine Grundschulen.“ Das lässt sich zum einen gut vermarkten, zum anderen glaube ich Ihnen das auch. Dann kommt das große Aber: Diskussionsbedarf, zu viele Schulen und finanzwirtschaftliche Aspekte, die den Ausschlag geben.

Ich kann Ihnen nur raten: Geben Sie sich einen Ruck, und lassen Sie diese starre Größengrenze fallen! Sie haben keine Argumente dagegen vorgebracht. Sie haben viele Argumente dafür gehört, dass kleine Grundschulen gestärkt werden sollen, dass sie erhalten werden sollen. Ich kann Sie nur bitten und Ihnen raten, diese starre Größengrenze, die willkürlich ist, fallen zu lassen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Raimund Haser CDU gebt sich zum Redepult.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Wortmeldung kam so spät. Herr Abg. Walter will auch noch sprechen. Man muss sich auch melden, wenn man reden will.

Das Wort hat Herr Kollege Haser für die CDU.

Abg. Raimund Haser CDU: Drei kurze Punkte zur Ergänzung.

Erstens: Herr Brauer, vielen Dank, dass Sie mich berichtigt haben. Selbstverständlich geht es nicht um A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer, sondern nur für die Rektorinnen und Direktoren – nur, damit das klargestellt worden ist.

Zweitens: Frau Ministerin, genau weil es eben nur diese 100 Schulen sind, genau deswegen stellen wir uns die Frage, ob es Sinn macht, diese Grenze einzuziehen. Ich glaube, dass sich das in der weiteren Debatte lösen lässt.

Herr Brauer, Sie haben gefragt, ob das wirklich einen Effekt hat. Wenn wir das nicht glauben würden, würden wir das nicht fordern. Ich glaube sehr wohl, dass man nicht sagt: „Ich bin doch nicht blöd und mache das für 200 € mehr“, sondern dass genau der umgekehrte Fall eintritt, dass man sagt: „Da wäre

(Raimund Haser)

ich ja blöd, wenn ich es nicht machen würde, wenn ich die Chance hätte, auf A 13 zu kommen.“

Ich erhoffe mir auch, dass diese kleinen Schulen zu Kaderschmieden für Rektorinnen und Rektoren werden, die dadurch Spaß an Führung bekommen, die in diesen kleinen Schulen Führung lernen und sich dadurch befähigt sehen, gute Schulleiterinnen und Schulleiter für große Schulen zu werden.

Diesen Effekt stellen wir sehr oft fest bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die in sehr kleinen Kommunen anfangen, die Spaß am Job haben und die sich dann nach acht oder 16 Jahren das Bürgermeisteramt in einer größeren Stadt zu trauen. Genau das erhoffen wir uns an dieser Stelle auch.

Drittens möchte ich etwas zur SPD und zur Zusammenarbeit mit den Grünen sagen. Ich weiß nicht, wie Sie es zu Zeiten der grün-roten Koalition gehalten haben. Wenn wir aber anderer Meinung sind, dann äußern wir das auch. Wir sind in diesem Haus durchaus in der Lage, professionell mit Meinungsverschiedenheiten umzugehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir wollen Ihnen doch nur helfen!)

Wie die anderen tausend Themen zuvor werden wir auch dieses Thema angehen und eine Lösung im Sinne unserer Rektorinnen und Rektoren finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat noch einmal der Herr Kollege Walter für die Grünen das Wort.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt wird es schwer!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Euch geht es gut. Das freut mich.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Jürgen gegen den Rest der Welt!)

Der Kollege Fulst-Blei hat es offenbar nicht gehört, der Kollege Stickelberger vielleicht auch nicht. Unser Grundprinzip heißt: Kurze Beine, kurze Wege. Daran halten wir uns.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann bezahlt anständig!)

– Wir werden auch anständig bezahlen. Das ist eine Unterstellung, Kollege, und deswegen sage ich, dass das eine Verschwörungstheorie ist. Sie behaupten, die Grünen seien die

Bösen, weil sie ein Einspar- oder Schließungskonzept für kleine Grundschulen verfolgten. Das ist einfach Quatsch.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zahlt ihr jetzt besser oder nicht? Wollt ihr die kleinen Grundschulstandorte besser bezahlen oder nicht? Einfache Aussage!)

– Sie haben mir nicht zugehört. Ich habe auch erläutert, dass es sein kann, dass Schulleitungen auf verschiedene Standorte verteilt werden. Es geht letztlich nur darum, ob es kurze Wege für die Schülerinnen und Schüler gibt und wie die Verwaltung ausgestaltet ist.

(Zuruf von der SPD: Also lange Wege für die Lehrer!)

Eine gute Bezahlung bzw. eine gute Ausstattung heißt auch: Es gibt eine Vertretung, es gibt keinen fachfremden Unterricht usw.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und man wird anständig bezahlt!)

All diese Dinge müssen wir klären. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Jetzt hören Sie doch auf, Panik zu schüren bei den Eltern, den Kindern sowie den Lehrerinnen und Lehrern, die an kleinen Grundschulen unterrichten. All das, was Sie uns hier vorwerfen, wird nicht Realität werden. Bleiben Sie also bitte ruhig.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie Herrn Haser zugehört?)

– Der Kollege Haser ist halt manchmal gern Oppositionspolitiker. Da kann ich auch nichts machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Freunde fürs Leben! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf jetzt noch einmal um Ruhe bitten.

Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen mehr. Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, 30. Januar, stattfindet. Ich bitte Sie, zu registrieren, dass die Sitzung bereits um 9:00 Uhr beginnt.

Die Busse, die zu der Trauerfeier nach Bad Wimpfen fahren, stehen bereit. Ich empfehle Ihnen, sich zügig zu den Bussen zu begeben.

Ich schließe die Sitzung. Vielen Dank.

Schluss: 12:00 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	Mitglied stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Klos Sänze Dr. Merz	Dr. Merz Klos Gögel
Ausschuss für Europa und Internationales	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Merz Sänze	Sänze Dr. Merz

22.01.2019

Gögel, Baron und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus *) mit Niederlegung des Mandats zum Ablauf des 31.12.2018	tritt ein
Ständiger Ausschuss	Mitglied	Binder	Dr. Weirauch
	stellvertretendes Mitglied	Drexler *)	Binder
	stellvertretendes Mitglied	Dr. Weirauch	–
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Mitglied	Born	Fink
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Drexler *)	Fink
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied	Drexler *)	Fink
Ausschuss für Verkehr	stellvertretendes Mitglied	Drexler *)	Fink
Ausschuss für Europa und Internationales	Mitglied	Drexler *)	Fink
Petitionsausschuss	Mitglied	Dr. Weirauch	Selcuk
	stellvertretendes Mitglied	Drexler *)	Fink
	stellvertretendes Mitglied	Selcuk	Dr. Weirauch
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	Mitglied	Drexler *)	Gall
	stellvertretendes Mitglied	Gall	Fink
Parlamentarisches Kontrollgremium (PKG)	Mitglied	Binder	Dr. Weirauch

22.01.2019

Stoch und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

Nachwahl zum Richterwahlausschusses nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Sascha Binder

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

o r d e n t l i c h e s M i t g l i e d :

Dr. Weirauch

s t e l l v e r t r e t e n d e s M i t g l i e d :

Gall

(bisher schon stellvertretendes Mitglied
als persönlicher Stellvertreter des bisherigen Mitglieds Binder)

Nachwahl zum Staatsanwaltswahlausschuss nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Sascha Binder

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

o r d e n t l i c h e s M i t g l i e d :

Dr. Weirauch

s t e l l v e r t r e t e n d e s M i t g l i e d :

Gall

(bisher schon stellvertretendes Mitglied
als persönlicher Stellvertreter des bisherigen Mitglieds Binder)

22.01.2019

Stoch und Fraktion